# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218. Mittwoch, den 17. September 1913. 20. Jahrg.


Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt".

## Der Parteitag und die Arbeitslosen.

Zu den beliebtesten Vorwürfen der gegnerischen Presse, besonders der Zentrumspresse, gehört die Behauptung, daß sich die sozialdemokratischen Parteitage mit den eigentlichen Arbeiterfragen zu wenig beschäftigten.

In Wirklichkeit sind aber alle Fragen, mit denen sich unsere Parteitage zu beschäftigen pflegen, Arbeiterfragen, und nur ein politisch gänzlich ungeschultes Auge kann den engen Zusammenhang verkennen, der zwischen diesen Verhandlungen und dem gesamten wirtschaftlichen, wie politischen Leben der Arbeiterklasse besteht. Allerdings besteht auf sozialdemokratischen Parteitagen, sehr im Gegensatz zu Katholikentagen, die Neigung, besonders eingehend jene Gegenstände zu erörtern, über die die Meinungen geteilt sind, und das sind natürlich nicht Fragen des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung, sondern die viel verwickelteren abgeleiteten Probleme des sozialdemokratischen Programms und der sozialdemokratischen Taktik. Ueber die Notwendigkeit sozialpolitischer Reformen bestehen unter Sozialdemokraten keine Meinungsverschiedenheiten: da wird in der Regel der Referent auf allgemeine Zustimmung und seine Resolution auf einstimmige Annahme rechnen dürfen.

Darum ist es auch wahrscheinlich, daß der Jenaer Parteitag der Taktik im preußischen Wahlrechtskampfe und der Steuerfrage einen weiteren Spielraum einräumen wird als dem Problem der Arbeitslosenversicherung. Und sind die Fragen, wie in Preußen die politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse erreicht werden kann oder wie eine weitere Belastung der arbeitenden Masse mit Verbrauchssteuern verhindert werden kann, etwa keine „Arbeiterfragen"? Ueber sie wird ausführlich diskutiert werden, weil man über sie unter Sozialdemokraten verschiedener Meinung sein kann. Im Falle der Arbeitslosenversicherung handelt es sich dagegen um eine selbstverständliche, von allen Sozialdemokraten einmütig vertretene Arbeiterforderung. Und mag man auch, was die Einzelheiten der Durchführung betrifft, verschiedene Auffassungen hegen können, so gilt es doch heute vor allem dem großen Prinzip in der Reichsgesetzgebung zur Anerkennung zu verhelfen. Dafür wird der Parteitag von Jena demonstrieren, und das wird gewiß nicht der am wenigsten wichtige Teil seiner großen Aufgabe sein.

Der sozialdemokratische Parteitag ist die politische Vertretung des klassenbewußten Proletariats. Was das Proletariat bewegt, seine Leiden, Sorgen, Hoffnungen, Forderungen, all das muß auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag zum Ausdruck kommen. Für die Arbeiterwelt gibt es aber heute keine brennendere Frage als die der Arbeitslosigkeit. Wenn man in Berlin die Zahl der Arbeitslosen schon auf 50 000 schätzt, wenn in München und anderen Großstädten weitere Zehntausende erwerbslos umherlaufen, so muß man annehmen, daß die industrielle Reservearmee heute schon wieder in die Hunderttausende zählt. Der nahende Winter und die allgemeine Wirtschaftslage rechtfertigen nicht die Hoffnung, daß die jetzt Ueberzähligen sobald wieder Aufnahme auf dem Arbeitsmarkt finden können, sondern man muß im Gegenteil mit der Gefahr rechnen, daß immer neue Scharen schaffender Hände stillgelegt, Tausende und Abertausende von Arbeiterfamilien in Not und Elend getrieben werden.

Diese Gefahr wäre weniger groß, wenn schon heute eine Arbeitslosenversicherung bestände, und sie wird durch die vorhandenen Einrichtungen der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade gemildert. Jeder Arbeiter, der subsistenzlos wird, bedeutet einen Käufer weniger auf dem Warenmarkt, jeder durch das Ueberangebot von Arbeitskräften verursachte Lohnrückgang bedeutet Verminderung des Verbrauchs und der Nachfrage, also weitere Einschränkung der Produktion, vermehrte Arbeitslosigkeit. Wenn es dagegen gelingt, die Arbeitslosen durch die Versicherung wenigstens einigermaßen konsumfähig zu erhalten, so ist das nicht nur ein Stück Menschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern es ist auch das beste Mittel, den Fortschritt der Krise aufzuhalten oder doch wenigstens zu verlangsamen.

Die Lobredner unserer sozialen Zustände pflegen zu versichern, daß niemand im Deutschen Reiche zu verhungern brauche. Denn für den äußersten Fall sei noch die Armenpflege da. Die Armenpflege ist aber nicht nur entehrend für die Empfänger, sie ist nicht nur erst auf einem furchtbaren Leidensweg nach vollständigem Versinken in einen Zustand sozialer Hilflosigkeit zu erreichen, sie ist auch in ihrer heutigen Gestalt das unwirtschaftlichste, verschwenderischeste Hilfsmittel. Auf der einen Seite spart man die Groschen, auf der anderen aber vergeudet man in der wahnsinnigsten Weise die menschlichen Kräfte. Man schafft die Armut, um sie dann zu „pflegen". Und man tut aus Gnade halb, wo ganz zu tun doch nichts anderes als die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Gesellschaft wäre.

Die Arbeitslosenversicherung vermindert die Kosten der Armenunterstützung. Sie verhütet, daß der Arbeitslose ein „Armer" im polizeitechnischen Sinne wird. Sie gibt ihm, indem sie ihm den Anspruch auf einen Notgroschen verleiht, wenigstens einigermaßen die Möglichkeit, seine Kraft für bessere Zeiten zu erhalten, schützt ihn vor dem körperlichen Verfall, der ihn dauernd erwerbsunfähig, dauernd hilfsbedürftig zu machen droht.

Tatsächlich bedeutet die Arbeitslosenversicherung, von allen Gründen der Menschlichkeit ganz abgesehen, keine Vermehrung der sogen. „sozialen Lasten", sondern nur ihre zweckmäßigere Verteilung, letzten Endes sogar ihre Verminderung. Wenn sich trotzdem die Abneigung des einflußreichsten Teils der Arbeitgeber gegen die Arbeitslosenversicherung bis zum fanatischen Widerstand steigert, so ist es nur verblendeter Haß gegen die Arbeiter und blinde Furcht vor jedem Steigern der Arbeitermacht, was diese Leute zu ihrem antisozialen Handeln antreibt. Und so wird die Arbeitslosenversicherung, so sehr alle Gründe der Vernunft, der Erfahrung, der Menschlichkeit für sie sprechen, auch wiederum ein Objekt des großen Kampfes um die Macht, der zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen geführt wird.

Jenen Leuten und den Herren von der Regierung müssen wir jetzt zurufen: Unsere arbeitslosen Kameraden sind Menschen, so gut wie ihr es seid! Menschen mit denselben körperlichen Bedürfnissen, mit den gleichen seelischen Empfindungen. Wenn sie im Winter keinen warmen Ofen und keine warmen Kleider haben, dann frieren sie, und wenn sie nichts zu essen haben, dann hungern sie. Und wenn sie hungern, dann sind sie nicht in der Stimmung, den Segen der kapitalistischen Gesellschaft zu preisen und dem sozialen Königtum Hymnen zu singen.

Der sozialdemokratische Parteitag wird seine Pflicht tun. Die anderen mögen handeln, wie sie es für sittlich erlaubt und politisch klug halten.

## Politische Rundschau

### Deutschland.

**Die dringende Notwendigkeit einer Reform des Militärstrafgesetzbuches**

wird vom Reichsmilitärgerichtsrat Dr. v. Schlayer zugestanden. Der Genannte veröffentlicht in der letzten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung" einen Artikel über die vom letzten Reichstag beschlossene Novelle zum Militärstrafgesetzbuch. Er ist an sich kein Freund einer solchen Flickreform, gesteht aber zu, daß die Oeffentlichkeit das Gesetz mit großer Befriedigung aufgenommen habe und so führt er weiter aus:

„Auch vom Standpunkte der Militärstrafrechtspflege wird man dies bis zu gewissem Grade verstehen. Rückhaltlos ist anzuerkennen, daß die Zulassung minder schwerer Fälle und die Erweiterung der Strafgrenzen nach unten sachlich berechtigt und erwünscht ist. Es gibt in der Tat Fälle — und sie sind gar nicht so selten —, wo die vom Militärstrafgesetzbuch bisher für eine Anzahl militärischer Verbrechen angedrohten Mindeststrafen unverhältnismäßig hoch und auch durch das militärische Interesse nicht unbedingt geboten sind. Es ist einer der obersten Grundsätze jeder Strafrechtspflege, daß Schuld und Strafe in richtigem Verhältnis zueinander stehen sollen. Die Strafrahmen des Gesetzes müssen auch nach unten so weit sein, daß sie dem Richter die Verwirklichung dieses Grundsatzes in jedem einzelnen Falle ermöglichen und ihn nicht zwingen, entgegen seiner eigenen Ueberzeugung auf eine außer Verhältnis zur Schuld stehende Strafe zu erkennen oder aber der Anwendung des schweren Strafgesetzes künstlich auszuweichen. Das eine liegt so wenig im militärischen Interesse wie das andere."

Weshalb sich Dr. v. Schlayer gegen die letzte halbe Reform ausspricht, ist also weniger um der beschlossenen Milderung willen, als um die Inkonsequenzen, die jene Reform dem bestehenden Rechtszustand gegenüber zur Folge hat. Er führt da folgende Beispiele an:

„Während das bloße Unternehmen eines tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten auch in minder schwerem Falle, mit mindestens 1 Jahr, bei Begehung im Dienst oder mit der Waffe sogar mindestens 2 Jahre bedroht ist, kann jetzt der Teilnehmer an einem militärischen Aufruhr, auch wenn dabei ein Vorgesetzter tätlich angegriffen wird, künftig mit 6 Monaten und, wenn er selbst hierbei eine Gewalttätigkeit gegen den Vorgesetzten begangen hat, mit nur 1 Jahr Gefängnis bestraft werden. . . .

Noch auffälliger wird das Mißverhältnis bei Vergleichung der jetzigen Mindeststrafsätze der §§ 99 und 103 M.-Str.-G.-B. Auf Anstiftung einer einzelnen Person des Soldatenstandes zu einem tätlichen Angriff gegen den Vorgesetzten steht, wenn die Anstiftung Erfolg gehabt hat, nach der nicht geänderten Bestimmung des § 99 die Strafe des § 97 M.-Str.-G.-B., also mindestens 1, eventuell 2 Jahre Gefängnis. Wer dagegen mehrere Personen des Soldatenstandes zu derselben Tat anstiftet, sich also des schwereren Verbrechens der Aufwiegelung schuldig macht, kann nach der Novelle, auch wenn der tätliche Angriff stattgefunden hat, mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werden! Den Gipfel erreicht aber das Mißverhältnis, wenn man die Strafdrohung des nichtabgeänderten § 103 M.-Str.-G.-B. mit den neuen Strafsätzen der §§ 106, 107 vergleicht. Haben nämlich mehrere Personen des Soldatenstandes einen tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten nur verabredet (Meuterei), so beträgt die Mindeststrafe nach § 103 i. Verb. mit § 97 M.-Str.-G.-B. selbst bei Annahme eines minder schweren Falles 1 Jahr und 3 Monate, wenn der Angriff im Dienst oder mit der Waffe begangen werden sollte, sogar 2 Jahre und 3 Monate Gefängnis. Sind sie auf Grund der Verabredung unter Zusammenrottung und mit vereinten Kräften zur Ausführung des tätlichen Angriffs geschritten, so können diejenigen Täter, die selbst Gewalttätigkeiten begangen haben, bei Annahme eines minder schweren Falles nach der Novelle mit 1 Jahr, die übrigen sogar nur mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werden, denn die Meuterei geht dann in dem schweren Verbrechen des Aufruhrs auf."

Für den Juristen sind diese Unstimmigkeiten sicher sehr peinlich und Dr. v. Schlayer verlangt auch, daß eine umfassende Reform des Militärstrafgesetzbuches diese Unstimmigkeiten bald beseitigt, daß bis dahin aber eine verständige Strafzumessung, die durch den Wortlaut des Gesetzes gegebenen Ungleichheiten möglichst zu beseitigen trachtet. Man kann dem Verlangen nach einer Reform des Militärstrafgesetzbuches nur rückhaltlos zustimmen, freilich muß die Reform in dem Sinne erfolgen, daß dadurch die ungemein drakonischen Strafen, die man seinerzeit glaubte im Interesse der Disziplin androhen und verhängen zu müssen, beseitigt werden.

**Zentralverband deutscher Industrieller.**

Der Zentralverband deutscher Industrieller tagt zurzeit im Kongreßsaal der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig. Die preußische und sächsische Regierung haben offizielle Vertreter gesandt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß dem Zentralverband gegenwärtig über 55 000 Industrielle angehören. Sowohl der Vorsitzende des Verbandes, Landrat a. D. Rötger-Berlin, als auch der Geschäftsführer, Regierungsrat a. D. Dr. Schweighoffer-Berlin kamen zunächst auf das „Kartell der schaffenden Arbeit" zu sprechen. Ueber das Programm dieses Bundes gab der Geschäftsführer nachstehendes bekannt:

Auf dem zweiten westdeutschen Mittelstandstag in Essen am 18. Mai ist von Vertretern der Handelskammer Essen und von Vertretern des Zentralverbandes zuerst auf die Gemeinsamkeit der Interessen von Industrie und Handwerk hingewiesen worden. Im Juli hat eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichsdeutschen Mittelstandstages und unserer Geschäftsführung stattgefunden, wozu auf Wunsch des Reichsdeutschen Mittelstandstages auch Vertreter der Landwirtschaft und der Christlichen Bauernvereine zugezogen wurden, um Stellung zu nehmen zu der Frage, inwieweit gemeinsame Interessen vorhanden sind und behandelt werden können. Auf dem Verbandstage des Reichsdeutschen Mittelstandes habe ich die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft betont, und die Notwendigkeit des Zusammenstehens in allen grundsätzlichen Fragen. In der Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung, in der Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung, in der Einschränkung des Streiks und des Boykotts. Ich freue mich, daß der Verbandstag dieses Programm anerkannt hat. In der ganzen Tagung ist von einer gemeinsamen Organisation nicht die Rede gewesen. Die Selbständigkeit der Verbände ist betont worden.

Nach der Diskussion über den Geschäftsbericht wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: „Aus dem Wortlaut der Ausführungen des Vertreters des Zentralverbandes und des Vertreters des Bundes der Landwirte auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstag ergibt sich, daß irgendwelche Abmachungen handelspolitischer oder sonstiger Art nicht getroffen sind. Der Zentralverband hat sich bereits mehrfach dahin ausgesprochen, daß er einer weiteren Erhöhung der schon jetzt von weiten Volkskreisen als hoch empfundenen Lebensmittelzölle und einem lückenlosen Zolltarif nicht zustimmen kann. Andererseits hält der Zentralverband fest an seiner bereits am 6. Februar 1891 abgegebenen Erklärung, daß

die in ihm vereinigte Industrie keine Vorteile erstrebt, die nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden können. Der Zentralverband hält es für seine Pflicht, auf dem Gebiet der Sozialpolitik einzutreten für die Aufrechterhaltung der Autorität des Arbeitgebers und für einen wirksamen Arbeitswilligenschutz."

Ein zweiter Beschluß nimmt Stellung gegen eine Beschickung der Weltausstellung von San Francisco und ein dritter Beschluß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Verbündeten Regierungen den Anträgen der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre sowie auf gesetzliche Einschränkung der Ueberarbeit für Frauen und junge Leute im Alter bis zu 18 Jahren ihre Zustimmung versagen.

Diese Arbeiterfeindlichkeit kam nicht nur in den vorstehenden Resolutionen, sondern auch im Geschäftsbericht zum Ausdruck. In diesem spielte ganz besonders der Arbeitswilligenschutz eine Rolle. Der Referent sprach sein Bedauern aus, daß die Reichsregierung hierbei völlig versagt habe; umso einmütiger müsse aber den Staaten der Dank abgestattet werden, die für diese Forderung der Industriellen eintreten, in erster Linie dem Königreich Sachsen. Der Beifall blieb bei diesen Worten des Geschäftsführers nicht aus. Das charakterisiert die Tagung.

### Die fürstliche Wehrsteuer.

In der letzten Zeit war mitgeteilt worden, der Wehrbeitrag der Fürsten sei auf 25 Millionen Mark geschätzt worden. Die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung" hat sich schleunigst an amtlicher Stelle erkundigt und dort die beruhigende Versicherung erhalten, daß es sich bei dieser Meldung um eine Zeitungsente handelte. Die Berechnung des Beitrags der Fürsten sei noch gar nicht erfolgt, es fehlten dazu noch alle Unterlagen, denn die würden erst aus dem Vermögensstand vom 31. Dezbr. d. J. entnommen. Es könnte sich bei dieser Berechnung also nur um die Privatarbeit irgend eines Beamten handeln. Gleichzeitig aber wird mitgeteilt, daß der Gesamtbeitrag aller Fürsten sich nicht auf 25, sondern auf höchstens 3 Millionen Mark belaufen würde.

25 Millionen wären von den 1000 Millionen, die der Wehrbeitrag insgesamt beträgt, immer noch nicht viel, wenn man bedenkt, daß in den Händen der deutschen Bundesfürsten sich ein ganz gewaltiger Teil des deutschen Vermögens konzentriert. Nun soll sich der Fürstenbeitrag aber gar auf ganze 3 Millionen belaufen, eine Summe, die im schärfsten Kontrast steht zu der Versicherung der Regierung, die Fürsten würden ihre Selbstbesteuerung nach den Grundsätzen des Wehrbeitragsgesetzes einrichten. Es soll uns garnicht wundern, wenn sich schließlich herausstellt, daß der fürstliche Beitrag aus irgend einem Grunde ganz in Wegfall kommen soll.

### Zur Leutenot in der Landwirtschaft.

Von der Leitung des Berliner Asyls für Obdachlose war agrarischen Blättern mitgeteilt worden, daß eine ganze Anzahl obdach- und arbeitsloser Arbeiter gern bereit wären, in der Landwirtschaft Arbeit anzunehmen. Die „Deutsche Tageszeitung" hatte diese Mitteilung ohne Kommentar abgedruckt. Jetzt sieht sie sich genötigt, auf Zuschriften aus agrarischem Kreise hin nachträglich zu versichern, daß sie die Verwendung solcher Arbeitskräfte gar nicht empfehlen wolle. Das habe ihr völlig ferngelegen, da sie genau wisse, daß mit Leuten dieser Art recht schlimme Erfahrungen gemacht worden seien. Welcher Art diese „schlimmen Erfahrungen" sein sollen, verrät das agrarische Blatt nicht. Aber der ganze Vorgang ist kennzeichnend für das Gerede von der Leutenot auf dem Lande: wenn sich wirklich Arbeiter anbieten, die den guten Willen haben, nur um sich Unterhalt zu verschaffen, unter jeder Bedingung in der Landwirtschaft tätig zu sein, so weist man sie zurück, offenbar in der Befürchtung, daß diese Arbeitslosen nicht so ergiebige Ausbeutungsobjekte sein könnten, wie die berufsmäßigen Landarbeiter.

### Internationale Arbeiterschutzkonferenz.

In Bern wurde am Montag die Internationale Arbeiterschutzkonferenz eröffnet. Das Deutsche Reich ist vertreten durch Geh. Rat im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar, Geh. Regierungsrat und vortr. Rat im Reichsamt des Innern, Dr. Lehmann, Geh. Oberregierungsrat im Preuß. Handelsministerium, Frick, und Regierungs- und Gewerberat Simon-Düsseldorf. Die Konferenz wird sich mit gesetzlichen Vorschriften über das Verbot der industriellen Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter und über den Arbeitstag von höchstens 10 Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter befassen. Bundesrat Schultheß hieß in seiner Rede die Delegierten willkommen und betonte die Wichtigkeit des Arbeitsziels der Konferenz. Zum Präsidenten der Konferenz wurde Bundesrat Schultheß, zum Vizepräsidenten Ständerat Lachenal-Genf gewählt. Die Konferenz gab sich ein Geschäftsreglement, wonach die französische Sprache zur offiziellen Verhandlungssprache erklärt, jedoch jedem Delegierten das Recht gegeben wird, sich in einer anderen Sprache auszudrücken. Neben dem offiziellen Protokoll in französischer Sprache wird den Delegierten ein nichtamtliches Protokoll in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt. Die Verhandlungen der Konferenz und ihrer Kommission finden in geheimen Sitzungen statt.

### Die Nationalliberalen für verstärkten Arbeitswilligenschutz.

Die Anzeichen mehren sich, daß die Nationalliberalen in ihrer Haltung zum verstärkten Arbeitswilligenschutz eine Schwenkung vorbereiten. Die „Kölnische Zeitung" widmet den Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller auf seiner Leipziger Tagung folgendes: „Die Wünsche und Forderungen dieser Interessentenvertretung haben sich durchaus im Rahmen des Möglichen und nach unserer Überzeugung auch Berechtigten gehalten. Das Gefühl beherrscht heute weiteste Kreise des Volkes, daß unsere Sozialpolitik, so sehr grundsätzlich ihr Nutzen anerkannt werden muß, allmählich einen Umfang und einen Charakter angenommen hat, der die ihr innewohnenden Schattenseiten, namentlich ihren bureaukratischen Zuschnitt und ihre Verminderung des Willens zur Selbsthilfe so stark und drückend hervortreten läßt, daß man wenigstens einmal eine Pause wünscht, um sich über den Weg der Weiterentwicklung klar zu werden. Und wenn der Sprecher des Zentralverbandes die Forderung des Schutzes der Arbeitswilligen und der Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben von neuem erhebt, so befinden wir uns darin völlig mit ihm in Übereinstimmung und hoffen, daß seine überzeugenden Ausführungen ihre Wirkung auch auf andere maßgebende Kreise nicht verfehlen werden."

Wir haben es gleich angedeutet, daß sich der Bund der Industriellen und der Zentralverband deutscher Industrieller zusammenfinden werden bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie.

### Wir müssen rüsten.

Als vor kurzem die Nachricht durch die Presse ging, daß es einem Ingenieur gelungen sei, eine Erfindung zu machen, mit deren Hilfe man auf weite Entfernungen Pulvervorräte des Feindes in die Luft sprengen könne, da schrieb ein begeisterter preußischer Kriegsmann im „Tag", daß man zur blanken Waffe zurückkehren würde, Kriege seien Kulturforderungen, Speer und Schwert würden dann eben die Waffe der Zukunft sein. Vorläufig freilich hält die Befürchtung, daß auf so einfache Weise die heutige Waffentechnik überwunden werden könnte, die Herrschenden nicht ab, immer neue Millionen und aber Millionen dem Moloch Militarismus in den Rachen zu werfen. Vor allem das jüngste Kind des Militarismus, die Luftschiffahrt wird in einer Weise gehegt und gepflegt, als ob die Völker nichts weiter nötig hätten, wie ihre Steuergroschen für Lenkballons und Flugzeuge zu verwenden. Und doch machen sich gerade hier Anzeichen bemerkbar, als ob die Riesen-Zeppeline im Ernstfalle alles andere sind als eine brauchbare Waffe. Ganz abgesehen von der Gefahr, die in plötzlichen Witterungsveränderungen droht, ersteht den Luftriesen ein anderer Feind. Wird doch aus den letzten großen französischen Armeemanövern gemeldet, daß ein Eindecker, der sich bis über die Wolken in die Lüfte geschwungen hatte, von oben auf einen „feindlichen" Lenkballon Bombenattrappen warf, die ihr Ziel so sicher fanden, daß im Ernstfalle vom Lenkballon und seinen Insassen sehr wenig übrig geblieben wäre.

Aber was macht das. Nach der Logik der Herren müssen so viel Lenkballons gebaut werden, daß für jeden in Klump geschossenen gleich wieder zwei neue vorhanden sind. Die Hauptsache bleibt: Wir müssen rüsten!

### Steigerung der Justizgeschäfte.

Nach dem „Justiz-Ministerialblatt" haben im Jahre 1912 die Geschäfte bei unseren Gerichten wiederum eine Steigerung erfahren. Die Amtsgerichtsprozesse sind von 1 659 432 im Jahre 1911 auf 1 743 815, die Urkunden- und Wechselprozesse im gleichen Zeitraum von 218 642 auf 227 604, die Arreste und einstweiligen Verfügungen von 51 999 auf 55 978 angestiegen; dagegen gingen die Uebertretungssachen von 187 388 auf 182 099 zurück. Die durch die letzte Novelle zur Zivilprozeßordnung billiger gewordenen Mahnsachen stiegen von rund 1,5 Mill. im Jahre 1910 auf rund 2 Mill. im Jahre 1912. Bei den Geschäften der Landgerichte ist eine Steigerung der Ehesachen zu vermerken. Sie umfaßten diesmal 17 869 gegen 16 593 im Jahre vorher. Die Zahl der schwurgerichtlichen Sachen (3189 und 3135) blieb fast unverändert; die Berufungssachen vor den Strafkammern stiegen nur unwesentlich, von 81 070 auf 82 845. Bei den Oberlandesgerichten zeigte sich eine parallele Erscheinung. — Von den 261 303 streitigen Endurteilen der Amtsgerichte wurden rund 60 % in weniger als drei Monaten gefällt, und zwar 135 203 an der Zahl. Drei Monate bis einschließlich ein Jahr dauerten 108 628, ein Jahr und mehr 14 974 Prozesse. Von den 47 688 streitigen Endurteilen der erstinstanzlichen Zivilkammern brauchten weniger als sechs Monate bis zu ihrer Verkündung 22 302; bis zu einem Jahre dauerten 14 169 und mehr als ein Jahr fast 22 %, nämlich 10 587.

## Österreich-Ungarn.

**Keine Todesstrafe gegen den Mörder!** Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" schreibt: Das Todesurteil gegen den Mörder Kunschak ist rechtskräftig und es würde vollstreckt werden, wenn nicht die Strafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde. Damit nun nicht wieder ein solches Schauspiel der Barbarei vor sich gehe, hat Frau Cäcilie Schuhmeier, die Witwe unseres unvergeßlichen, teuren Toten, folgendes Schreiben an den Justizminister Hochenburger gerichtet:

Eure Exzellenz!

Am 20. Mai dss. Js. wurde vom hiesigen Schwurgericht Paul Kunschak wegen Verbrechens des Meuchelmordes, begangen an meinem mir unvergeßlichen, geliebten Gatten Franz Schuhmeier, nach einstimmiger Schuldigsprechung durch die Geschworenen zum Tode durch den Strang verurteilt. Infolge der Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten ist dieses Urteil am 9. Sepetmber dss. Js. in Rechtskraft erwachsen und es müßte vollstreckt werden, wenn die über Paul Kunschak verhängte Strafe nicht in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird.

Ich bitte nun Sie, Herr Minister, von Ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Umwandlung der über einen Verbrecher ausgesprochenen Todesstrafe zu erwirken, Gebrauch zu machen. Würden Sie das nicht tun und würde die vom Wiener Schwurgericht ausgesprochene und jetzt rechtskräftige Strafe wirklich vollzogen werden, so würde mir und meinen drei Kindern der unsägliche Schmerz, den das Verbrechen des Paul Kunschak über uns gebracht hat, noch gräßlicher werden und alle die Hunderttausende, die das Andenken meines teuren Mannes in Ehren halten, würden die Hinrichtung seines Mörders als Verunehrung des Andenkens an den Toten empfinden.

Getreu dem Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs, das die Abschaffung der Todesstrafe fordert, ist mein Mann die ganze Zeit seines öffentlichen Wirkens hindurch in Wort und Schrift für die Beseitigung der Todesstrafe eingetreten und die Anträge der sozialdemokratischen Partei im Abgeordnetenhause, in denen die Befreiung Oesterreichs von dieser barbarischen Strafart gefordert wird, tragen auch seine Unterschrift. Wenn er auch als Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft das Ziel seiner Anträge nicht erreichen konnte, so soll doch wenigstens nicht das, was er verabscheute und zu beseitigen sich bemühte, um seinetwillen geschehen.

Tiefe Trauer hat das Verbrechen, dessen Opfer mein geliebter Gatte geworden ist, bei allen Sozialdemokraten Oesterreichs hervorgerufen, aber schon in der Stunde des allergrößten Schmerzes, am frischen Grabe, hat der Vertreter der vielen Hunderttausende gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Oesterreichs ausgesprochen, daß der Mord, soviel Schmerz und Trauer er auch gebracht hat, nicht mit neuem Mord vergolten werden solle. In meinem Auftrag hat in der Schwurgerichtsverhandlung gegen Paul Kunschak mein Anwalt erklärt, daß mir und meinen Kindern nichts ferner liege, als den haßvollen Ruf nach Rache und Vergeltung zu erheben, und daß wir, wenn das Gericht gesprochen hat, beweisen werden, daß uns auch dem Mörder gegenüber menschliches Empfinden nicht fremd ist.

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, dem auch mein Mann durch zwei Jahrzehnte bis zu seinem Tode angehört hat, und in Uebereinstimmung mit der Ansicht aller Sozialdemokraten ersuche ich Sie, Herr Justizminister, zu veranlassen, daß die Todesstrafe an Paul Kunschak nicht vollzogen werde.

Hochachtungsvoll
Cäcilie Schuhmeier.

## Holland.

**Verfassungsreformen.** Am Dienstag wurde das Parlament der Niederlande mit einer Thronrede eröffnet, in der eine Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts angekündigt wird. Das allgemeine Wahlrecht soll sich zunächst auf die Männer beschränken. Die Einführung des Frauenwahlrechts würde eine weitere Folge sein, sobald sich das allgemeine Wahlrecht eingelebt hat. Die Verfassungsrevision soll schnellstens vorbereitet werden. Die Thronrede kündigt ferner die Einsetzung einer Staatskommission an, der die Regelung der Staatssubventionen für kirchliche Schulen übertragen werden soll. Ferner werden angekündigt eine Reihe Reformen der sozialen Gesetzgebung: des Invalidengesetzes, des Krankenversicherungsgesetzes usw. An Steuergesetzen sind in Aussicht gestellt eine allgemeine Einkommensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Zum Schutze der Kolonien ist der Bau eines Schlachtschiffes in Aussicht genommen. Ferner wird ein Gesetzentwurf über die Trockenlegung des Zuidersees angekündigt. Schließlich will die Regierung die letzten Überbleibsel von Frondiensten auf Java und Madura beseitigen und die Erziehung der Eingeborenen fördern, die sich den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Bevölkerungsgruppen von Niederländisch-Indien anpassen und von den Grundsätzen religiöser Toleranz und gegenseitiger Achtung der Rassen geleitet sein soll.

## Rußland.

**Aus dem Reiche des Fusels.** Der soeben veröffentlichte amtliche Bericht über die Ergebnisse des staatlichen Branntweinmonopols im Jahre 1912 verkündet die interessante Tatsache, daß ungefähr eine Milliarde Rubel, oder über zwei Milliarden Mark im verflossenen Jahre in Rußland für den Suff draufgegangen sind. Die Nutznießerin der Trunksucht, die zarische Regierung, hat im Bereich des staatlichen Branntweinmonopols (65 Gouvernements und 10 Gebiete) für den Verkauf des Branntweins 824 Millionen Rubel vereinnahmt. Fügt man den Schnapsverbrauch in den kaukasischen, mittelasiatischen und ostsibirischen Provinzen, wo das Monopol noch nicht eingeführt ist, hinzu, so kann man den Schnapsverbrauch im ganzen Reiche getrost mit einer Milliarde Rubel berechnen. Die absoluten wie die relativen Zahlen weisen auf einen starken Zuwachs des Alkoholverbrauchs in Rußland hin. Während 1910, im Gebiete des Branntweinmonopols, 89,5 Millionen Eimer verkauft wurden, ist diese Zahl 1912 auf 96,5 Millionen oder um zirka 8 Prozent gestiegen. Die Zunahme des Alkoholverbrauchs übersteigt die Bevölkerungszunahme um das Sechsfache. Rechnet man bloß die „trinkfähige" Bevölkerung, so entfällt auf jede Person 1½ Eimer Branntwein im Jahre. Daß unter diesen Umständen die Degeneration der Volksmassen rasend zunehmen muß, versteht sich von selbst. Dafür blüht aber der Weizen der Regierung, die ihr Budget auf der Trunksucht des Volkes aufgebaut hat. Ungefähr ein Drittel des Etats wird von den Einnahmen aus dem Branntweinverkauf gebildet. Bei einer Ausgabe von 197 Millionen hat die Regierung einen Reingewinn von 626 Millionen Rubel im Jahre. Ein glattes, nettes Wuchergeschäft!

## Balkan.

**Einig.** Montag fand zwischen den türkischen und bulgarischen Delegierten eine private Sitzung statt, die zwei Stunden dauerte. Ein Communiqué besagt: Da die Delegierten über die hauptsächlichsten Punkte der Grenze einig geworden sind, erfolgt die endgültige Lösung in der nächsten Sitzung am 17. September.

Wie weiter verlautet, ist die Frage der Zugehörigkeit Kirkilisses zugunsten der Türkei geregelt worden.

Auch zwischen Serbien und Bulgarien sind die Verhandlungen über den Gefangenen-Austausch und die Wiedereinführung der normalen Verkehrs-Beziehungen zum Abschluß gelangt.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 17. September.

**Einen naturwissenschaftlichen Vortragskursus mit Lichtbildern,** der sich auf vier Abende erstreckt, veranstaltet der von der Partei und dem Gewerkschaftskartell eingesetzte Bezirksbildungsausschuß hier am 6., 7., 13. und 14. Oktober im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Als Vortragen-

der ist der Genosse Graf-Berlin gewonnen worden, der voraussichtlich das Thema „Vom Urtier zum Menschen" behandeln wird.

**Lügen haben kurze Beine.** Das Amtsblatt hatte in seiner gestrigen Morgenausgabe behauptet, daß in der letzten Bürgerschaftssitzung „sozialdemokratische Politiker" „gehässige Anrempeleien" begangen hätten. In der Abendausgabe befindet sich nun der ausführliche Bericht über die Bürgerschaftssitzung. Selbst die Leser des Amtsblattes werden aber vergeblich in demselben nach einer „gehässigen sozialdemokratischen Anrempelei" suchen, durch welche die Sachlichkeit der Straßenbahndebatte gestört wurde. Da schwerlich anzunehmen ist, daß die Redaktion des Amtsblattes ihren Bericht zugunsten der Sozialdemokratie gefärbt hat, so bleibt nur die Tatsache übrig, daß die „Lübeckischen Anzeigen" des morgens ihre Leser dreist angeschwindelt haben. Das wäre allerdings nicht das erste Mal.

**Dem bisherigen hanseatischen Gesandten in Berlin,** Dr. Klügmann, ist vom hiesigen Senat die goldene Ehrendenkmünze „bene merenti" verliehen. Dabei wurde ihm als Zugabe folgendes überschwengliche Schreiben des Senates übermittelt: „Wenn Eure Exzellenz auch aus dem hanseatischen Dienst ausscheiden werden, so möchte doch der Senat Ihrer Vaterstadt es als willkommenes Vorrecht in Anspruch nehmen, in erster Linie dem Scheidenden Dank und Anerkennung auszusprechen. Mehr als fünfzig Jahre haben Eure Exzellenz im öffentlichen Leben gestanden, stets und überall der Besten einer: als Bürger und Anwalt, als Schriftsteller, Abgeordneter, Staatsmann, das edle Ziel vor Augen, dem Ganzen zu dienen, ein unabhängiger Charakter, für alles Große und Schöne begeistert, ein ausgezeichneter Patriot und treuer Sohn Lübecks. Daher gebührt Eurer Exzellenz die höchste Anerkennung, die der Senat zu bieten vermag: die Ihnen hiermit verliehene goldene Ehrendenkmünze „bene merenti". In die würdige Muße dürfen Eure Exzellenz das freudige Bewußtsein mitnehmen, daß die hohen Verdienste, die Sie um Lübeck sich erworben haben, der Vergessenheit nicht anheimfallen werden. — An großen Worten ist bei unseren maßgebenden Kreisen noch immer ein überfluß vorhanden gewesen, wenn es galt einen der Ihrigen damit zu beglücken.

**Kinderlesehalle.** Wir werden um Aufnahme folgender Notiz ersucht: Nur wenige Wochen noch, dann wird die Kinderlesehalle wieder ihre Pforten öffnen und wie in den letzten Jahren zahlreichen Kindern Freude und Belehrung bieten. Der Andrang zur Kinderlesehalle war in den letzten Wintern dermaßen stark, daß stets nur ein kleiner Bruchteil der Einlaß begehrenden Kinder Zutritt finden konnte. Leider hält es, trotzdem sich die Kinderlesehalle aufs beste bewährt hat, recht schwer, die erforderlichen, verhältnismäßig geringen Mittel für die Fortführung der Kinderlesehalle zusammenzubringen. In den letzten beiden Jahren ist die Unterhaltung und Einrichtung ermöglicht durch die Aufführung, die seinerzeit Frau Direktor Diestel in Gemeinschaft mit Herrn Direktor Diestel und zahlreichen anderen Helfern im „Kolosseum" veranstaltet hat. Die auf diese Weise zusammengebrachten Mittel sind inzwischen verbraucht. Daher ist es höchst dankenswert, daß Frau Direktor Diestel aufs neue eine Aufführung zugunsten der Kinderlesehalle vorbereitet. Wiederum haben sich zahlreiche Damen und Herren im Interesse der guten Sache zur Mitwirkung bereit gezeigt. Die Proben sind bereits im Gange; ihr bisheriger Verlauf läßt auf ein vortreffliches Gelingen schließen. Zur Aufführung gelangt die Weihnachtsmärchenkomödie in 5 Aufzügen Klein Däumling, Rapunzel mit dem langen Haar und Riquit mit dem Schopf nach dem gleichnamigen Märchen bearbeitet von Görner. Das Stück ist vor nicht langer Zeit auch im Thalia-Theater in Hamburg mit großem Erfolge aufgeführt worden, daher steht zu hoffen, daß auch hier die Veranstaltung regem Interesse begegnet und ihren Zweck erreicht, den Teilnehmern einen künstlerischen Genuß zu bereiten, der Kinderlesehalle aber die zu ihrer Fortführung erforderlichen Mittel zu beschaffen. Für die Aufführung ist der 25. Oktober in Aussicht genommen; nähere Mitteilungen werden demnächst im Anzeigenteil unseres Blattes erfolgen.

**Gesundheitsregeln.** Man vergesse nie, daß der beste Schutz gegen alle Krankheiten der Verdauungsorgane eine regelmäßige Lebensweise und Nahrungsaufnahme ist und daß schädliche Keime der schlimmsten Sorte gesunden Verdauungsorganen weit seltener schaden. Man vermeide alles, was Magen und Darm in einen krankhaften Zustand versetzen könnte. Man trinke nie zu kalt und vermeide den Genuß kalter Getränke in zu großer Menge. Ein zu großer reichlicher Schluck kalter Flüssigkeit geeignet ist, eine akute heftige Magenstörung hervorzurufen. Auf die Möglichkeit der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch ungekochte Milch ist wiederholt hingewiesen worden. Pflanzliche Nahrungsmittel, Gemüse, Salat, sollen nur in sorgfältig gereinigtem Zustande, weit besser gekocht, genossen werden. Grüne Salate sollen vorsichtig und nicht zu reichlich, Obst nur in reifem Zustande, gereinigt, geschält und namentlich bei schwacher Verdauung nur gekocht verzehrt werden. Man beachte auch eine regelmäßige Lebensweise, halte die Mahlzeiten richtig ein und enthalte sich vom Trinken in den nüchternen Magen. Man sehe auch auf reines Wasser zum Genusse und zum menschlichen Gebrauche überhaupt.

**Handelsregister.** Am 16. September 1913 ist eingetragen die Firma Fortschritt Lübecker Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Verwertung des Fabrikations- und Vertriebsrechtes für die Stadt und das Fürstentum Lübeck, den Kreis Stormarn und das Herzogtum Lauenburg der gesetzlich geschützten „Fortschritt" Gipsdielen und alle anderen damit im Zusammenhang stehenden Fabrikations- und Handelsgeschäfte. Stammkapital: 50 000 Mark. Geschäftsführer: C. E. B. Behrend, Kaufmann in Neu-Rahlstedt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. September 1913 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer vertreten. Als Sacheinlage bringt der Gesellschafter Behrend das alleinige Fabrikations- und Betriebsrecht der gesetzlich geschützten „Fortschritt" Gipsdielen in die Gesellschaft ein. Der Wert dieser Sacheinlage ist auf 30 000 Mk. festgesetzt. Die Bekanntmachungen erfolgen durch den „Lübecker General-Anzeiger".

pb. **Fleischdiebstahl.** Ermittelt und festgenommen wurden 3 Schlachtergesellen, die sich auf dem hiesigen Schlachthofe des Diebstahls von Fleisch und Fleischabfällen schuldig gemacht haben. Sie werden sich auch teilweise wegen Hehlerei zu verantworten haben.

**Neues Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Freitag, dem 19. September geht als erste Lustspiel-Neuheit „Kammermusik" von Ilgenstein in Szene. Das Stück, welches sich bereits viele Bühnen erobert hat, behandelt eine äußerst geistvolle Grundidee. Es handelt sich um einen glücklich verheirateten Tenor, der beim Publikum dauernd nur dann Gefallen findet und an ein Hoftheater nur dann engagiert werden kann, wenn er seine Frau verleugnet. Dadurch entstehen nun eine solche Reihe Irrungen und Wirrungen, die — doch es soll hier nicht der Inhalt erzählt werden. Um die Erotik dieses Stückes ist ein geschmackvolles Gewand von künstlerischen Gedanken gehängt und klingt in ein Spottlied auf falsche und verlogene Theaterbegeisterung aus. Die Hauptrollen spielen Frl. Sindlinger und Frau Laudien sowie die Herren Brunow und Wolffgramm. — Die nächste „Faust"-Vorstellung findet am Sonnabend, dem 20. September statt.

---

**Mölln.** Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

**Hamburg.** Lohnbewegung der Linoleumleger in Hamburg-Altona-Wandsbek. In diesen drei Städtegebieten stehen die Linoleumleger in einer Lohnbewegung, die am 13. September zur Arbeitsniederlegung führte, nachdem die bereits seit 14. August eingeleiteten Verhandlungen mit den Unternehmern resultatlos blieben. Nach anfänglichem Entgegenkommen durch den Verein der Linoleumhändler und der Organisation der Unternehmer, die sich bereit erklärten, wegen Abschluß eines Tarifvertrages mit der Verbandskommission zu verhandeln, beschlossen diese plötzlich am 29. August, weitere Wünsche der Linoleumleger müßten durch den Gehilfenausschuß der Zwangsinnung der Tapezierer Hamburgs unterbreitet werden; dieser werde die Verhandlung führen. Da sich die Unternehmer der Linoleumbranche bisher noch nie um den Tarif im Tapezierergewerbe gekümmert hatten, lehnte die Versammlung der Arbeiter dieses Ansinnen ab und verlangte gesonderte Verhandlungen zum Abschluß eines Spezialtarifs mit den Unternehmern der Branche. Vor einigen Tagen nun erklärten die Unternehmer, die Linoleumbranche unterstehe dem allgemeinen, im Jahre 1911 für das Tapezierergewerbe abgeschlossenen Tarifvertrage, der bis 1916 Geltung hat; außerdem zahlten sie entsprechende Löhne, deshalb müßten die Forderungen abgelehnt werden. Die große Mehrheit der Arbeiter in der Linoleumbranche setzt sich zusammen aus Holzarbeitern und ungelernten Arbeitern, nur ein Teil sind gelernte Tapezierer. Die Versammlung lehnte es ab, ihre bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen durch solche Winkelzüge noch verschlechtern zu lassen, denn das wäre der Fall, wenn plötzlich diese Tariflöhne für die schwere Arbeit der Linoleumleger in Anrechnung kämen. Bei den Einzelverhandlungen konnte nur mit drei Firmen eine Einigung erzielt werden, die die Forderungen vollinhaltlich anerkannten. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß die Forderungen der Arbeiter akzeptabel sind. Wir ersuchen die Arbeiterschaft um Solidarität. Haltet den Zuzug von Arbeitswilligen fern, dann werden die Hamburger Linoleumleger nicht erfolglos kämpfen.


**! Nie erlahmen !**

**darf die Arbeiterschaft**

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

**für den Lübecker Volksboten zu agitieren!**


**Hamburg.** Das Elbwasser durch Typhusbazillen verseucht. Schließung der Elbbadeanstalten. Das Medizinalkollegium hat folgenden Erlaß ausgegeben: „Als allgemeine sanitäre Vorsichtsmaßregel ist die Schließung der Elbbadeanstalten polizeilicherseits angeordnet worden." Das „Fremdenblatt" erfährt dazu von Herrn Obermedizinalrat Prof. Dr. Nocht folgendes: Bei den täglichen Untersuchungen des Elbwassers, in dem sich bekanntlich ständig Keime gewisser Krankheiten finden, stellte sich in den letzten Tagen heraus, daß mehr als bisher Keime einer gewissen, nicht ungefährlichen Krankheit auftraten. Wenn auch noch kein Grund zur Besorgnis vorlag, hat doch das Medizinalkollegium im Hinblick auf die von ihm zu tragende Verantwortung beschlossen, den Badebetrieb in den Elbbadeanstalten zu untersagen. Die Maßregel bedeutet nichts als eine dringend erforderliche Sorgfalt, als eine Schutzmaßregel, um jede Gefahr auszuschließen. Besonders betont werden muß aber, daß das Trinkwasser nach wie vor hygienisch einwandsfrei ist. Sein Genuß bietet auch nicht die geringste Gefahr, weil die Ausscheidungsprozesse und Filtereinrichtungen die absolute Bakterienfreiheit des Wassers gewährleisten. Den in der Stadt umlaufenden Gerüchten, daß Cholerabazillen im Elbwasser seien, ist daher entschieden entgegenzutreten. Es muß Wert darauf gelegt werden, festzustellen, daß zu irgendwelchen Besorgnissen nicht die geringste Veranlassung vorliegt. Wenn unsere Behörde in zweckmäßiger Weise frühzeitig zu vorbeugenden Schutzmaßregeln greift, so ist das durchaus verständlich. (Wie von anderer Seite berichtet wird, handelt es sich um Typhusbazillen.)

**Kiel.** Mißhandlung eines Untergebenen. Der Oberartilleristenmechanikersmaat Dau vom Linienschiff „Kaiserin" hatte sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht zu verantworten, weil er am 24. August in einem Eisenbahnzuge, der von Orau nach Neufahrwasser fuhr, den Obermatrosen B. schwer mißhandelt hatte. Die Sache trug sich folgendermaßen zu: Der mißhandelte Obermatrose B. saß mit einer Anzahl Kameraden auf Urlaub in Orau bei Danzig in einer Wirtschaft. Es wurde wacker getrunken und viel Lärm gemacht, auch wurden Gäste belästigt. Der Wirt ersuchte schließlich den angeklagten Obermaat, die Matrosen zur Ruhe zu verweisen, was dieser auch mit einigem Erfolg tat. Am Abend bei der Rückfahrt kam der Obermatrose zufällig in einen Eisenbahnwagen, der von Unteroffizieren voll besetzt war. Der Angeklagte machte dem B. Vorwürfe über sein unschönes Betragen am Nachmittag und nannte ihn mehrfach einen Lump. Der Beleidigte warf die Jacke von sich und riß das Mützenband ab mit den Worten: „Wenn ich ein Lump bin, dann will ich auch kein Soldat mehr sein!" Nun wurde er von den Unteroffizieren mehrfach in dem Wagen hin und her geschubst; er fiel dabei auf den Angeklagten, der ihn packte, den Kopf des Obermatrosen mit dem einen Arm umfaßte und mit der Faust das Gesicht des Wehrlosen von unten herauf so bearbeitete, daß der Geschlagene blutend und besinnungslos zusammenbrach. Ein anderer Unteroffizier zog die Notleine und der Zug kam auf offener Strecke zum Stehen; die Zugbeamten stifteten Ruhe. Der Angeklagte leugnete vor Gericht die Mißhandlungen. Er will betrunken gewesen sein und nicht mehr wissen, was geschehen ist. Die Zeugenaussagen überführten ihn aber glatt. Ein Unteroffizier sagte sogar aus, der Angeklagte habe sich betragen wie ein Stier. Der Anklagevertreter beantragte zwei Monate und einen Tag Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 44 Tage Gefängnis.

**Ribnitz.** Ein schweres Gewitter ging Montag hier und in der Umgegend nieder. Besonders heftig wütete das Unwetter in Wustrow. Die elektrischen Entladungen waren von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet, so daß die niedrig gelegenen Straßen unter Wasser gesetzt wurden. Schweren Schaden erlitt der Erbpächter W. Bruß in Wustrow, dessen ganzes Gehöft infolge Blitzschlages in Flammen aufging, nur ein kleiner Schweinestall blieb vom Feuer verschont. Ein anderer Blitzstrahl fuhr in die Scheune des Herrn Panin in Wustrow und legte diese in Asche.

# Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** Faust, Tragödie von Wolfgang Goethe. Erster Teil. Mit dem vielgestaltigsten, gedankenreichsten Bühnenwerke der Weltliteratur wurde gestern die Winterspielzeit unserer städtischen Bühne eröffnet. Dies Wagnis zeugt von starkem Vertrauen der Theaterleitung zu den künstlerischen Kräften, die — aus den verschiedensten Teilen des Reiches erst eben hierhergeströmt — in den kommenden Monaten hier wirken sollen; aber nicht minder von dem ehrlichen Willen, das Theater als Bildungsinstitut zu betrachten, in dem das Wahre, Gute und Schöne eine würdige Stätte findet. Goethes „Faust" ist eine Dichtung, über deren Inhalt und Absichten ganze Berge von kritischen und erläuternden Büchern geschrieben worden sind. Wir werden anläßlich der Aufführung des Dramas für den Arbeiterbildungsverein darauf zurückkommen.

Der Wiedergabe des Werkes stehen große technische Schwierigkeiten entgegen, deren Ueberwindung an einer mittleren Provinzbühne schier unmöglich erscheint. Sagt doch der Direktor im Vorspiel auf dem Theater, das man gestern leider vermißte, darüber:

Ihr wißt, auf unsern deutschen Bühnen
Probiert ein jeder, was er mag;
Drum schonet mir an diesem Tag
Prospekte nicht und nicht Maschinen!
Gebraucht das groß' und kleine Himmelslicht,
Die Sterne dürfet ihr verschwenden;
An Wasser, Feuer, Felsenwänden,
An Tier und Vögeln fehlt es nicht.
So schreitet in dem engen Bretterhaus
Den ganzen Kreis der Schöpfung aus,
Und wandelt, mit bedächt'ger Schnelle,
Vom Himmel durch die Welt zur Hölle!

Der häufige Wechsel der Szenerie, der erhebliche Umfang der Dichtung, sie stellen große Anforderungen an die Kunst des Regisseurs. Da müssen Striche gemacht werden, um wenigstens die Aufführung des ersten Teiles an einem Abend zu ermöglichen. Hierbei besteht die Gefahr, daß wertvolle Teile der Dichtung, die zum Verständnis des ganzen schwer entbehrlich sind, dem Rotstift zum Opfer fallen. Wenn man nun auch anerkennen muß, daß Herr Direktor Fuchs, der gestern abend die Regie führte, im allgemeinen mit kluger Hand und künstlerischem Verständnis seines Amtes gewaltet hatte, so wurden nichtsdestoweniger die gestrichene Walpurgisnacht und andere wichtigen Szenen ungern vermißt. Besonderer Dank gebührt Herrn Fuchs für die Schaffung einer ganzen Reihe stimmungsvoller Bühnenbilder, bei denen nicht der große Apparat, sondern vor allem eine zweckentsprechende Beleuchtung als Hauptmittel angewendet wurde. Die technische Einrichtung der Faust-Szenerie hat Herr Betriebsinspektor Ludwig bestens besorgt.

Die Darsteller des Faust, Mephistopheles und Gretchen werden vom Dichter vor ungeheuer schwierige Aufgaben gestellt, deren restlose Erfüllung wohl nur allerersten Künstlern möglich ist. Gestern spielte Herr Dr. Drach den Faust. Der Künstler war mit vielem Fleiß an seine Riesenrolle herangetreten und bewies mit ihrer Wiedergabe, daß er ein verständiger Schauspieler ist, der seine natürlichen guten Mittel seinen Absichten dienstbar zu machen versteht. War auch der alternde Faust in der Anlage zunächst noch nicht völlig abgeklärt und etwas weinerlich geraten, so entwickelte Herr Drach doch in der Gretchen-Tragödie Temperament und andere Eigenschaften, die ihn als willkommene Akquisition für unsere Bühne erscheinen lassen. Herr Pruß gab den Mephistopheles mit scharfer Charakteristik, spöttisch, teuflisch und stets wirkungsvoll. Man kann sich den Mephisto wohl auch noch anders denken, als Herr Pruß, aber das spricht nicht gegen dessen Auffassung. Frl. Wall, die das Gretchen lieblich verkörperte, ist noch eine Anfängerin, die auf den weltbedeutenden Brettern noch nicht immer mit der erforderlichen Sicherheit einherschreitet. Das beeinträchtigte, ebenso wie stereotype Bewegungen des Kopfes, ihre Leistung zwar etwas, aber nicht in dem Maße, daß man ihrer Darbietung, die von innerem Miterleben und warmem Gefühl zeugte, ehrliches Lob versagen müßte. Jedenfalls haben wir es in Frl. Wall mit einer talentierten Künstlerin zu tun. Die Marthe wurde von Frl. v. Seemen mit gutem Humor gegeben. Als Famulus Wagner stellte Herr Pauly eine in allen Zügen feingezeichnete Figur auf die Bühne. Die übrigen Gestalten der Tragödie treten weniger hervor. Sie wurden durchweg wacker dargestellt von Künstlern, die sich noch im Laufe der kommenden Spielzeit bewähren müssen. Die Szene in Auerbachs Keller wurde zur drastischen Wirkung gebracht. Als um 11½ Uhr der Vorhang zum letzten Male fiel, da durchbrauste lebhafter Beifall das gutbesetzte Haus und dankte den Mitwirkenden, mit Herrn Direktor Fuchs an der Spitze, für die sorgfältige Wiedergabe des grandiosen Werkes. P. L.

# Aus dem Gerichtssaal.

**Vater und Tochter — Eltern von fünf Kindern.** Der unglaublich klingende Fall, daß ein Vater mit seiner leib-

Mutter findet, „die Ehe fortsetzt", beschäftigte in den letzten Tagen einen Erkenntnissenat des Landgerichts in Triest. Angeklagt erschienen der 51jährige Gustav Gischitz aus Güns in Ungarn und seine 26jährige Tochter Augustine Bonsingl, ein sträfliches Verhältnis mit einander geführt zu haben, dem im Laufe der Jahre fünf Kinder entsprossen. Der angeklagte Vater verantwortete sich dahin, Augustine Bonsingl sei seine außereheliche Tochter, die er deswegen nicht legitimieren konnte, weil ihre Mutter kurz vor der Hochzeit plötzlich gestorben sei. Er habe das Kind sorgfältig erziehen lassen. Als er dasselbe nach langer Zeit als erwachsenes Mädchen überglaubt, die Tochter sei förmlich ein Spiegelbild ihrer Mutter gewesen. Da sei ihm der Gedanke gekommen, das durch den Tod des von ihm abgöttisch geliebten Weibes abgebrochene Verhältnis mit der Tochter, dem getreuen Abbild der Mutter, fortzusetzen. Das Mädchen habe eingewilligt, „und so", schloß der Angeklagte, „ist unsere Familie entstanden". Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Verbrecherische dieses Verhältnisses nicht einsehe, erwiderte der Angeklagte, er könne ohne Augustine nicht leben. Ueberdies seien fünf Kinder da, denen man nicht Vater und Mutter nehmen könne. Der Gerichtshof verurteilte Vater und Tochter zu je sechs Monaten weisung aus Oesterreich. Beim Abgehen sagte der Vater, zur Tochter gewendet, ernst und ruhig: „Wir werden wieder nach Ungarn gehen müssen."

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.


**Verkauf** 6913
**lebender Butt**
**am Donnerstag,**
**d. 18. September 1913**
vormittags von 8 Uhr ab
an der
**Dankwartsbrücke,**
**Drehbrücke,**
**Eutiner Brücke**
und
**Hüxtertorbrücke.**

Am Dienstag morgen 4 Uhr starb plötzlich und unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte unvergeßliche Tochter
**Herta**
im Alter von 11½ Monaten. Tief betrauert und schmerzlich vermißt von den Eltern, Großeltern, Verwandten und Bekannten
**Heinr. Lemke und Frau,**
**geb. Heuer.**
Moisling, den 16. Septbr. 1913.
Beerdigung Donnerstag nachm. 3 Uhr vom Sterbehause. (6920

**Jg. saub. Frau sucht Beschäft.** für die Abendstund. im Laden- od. Kontor-Reinmachen. Angebote unt. **A 20** an die Exp. d. Bl. (6910

Gesucht zum 1. Jan. eine **Zwei-Stuben-Wohnung** in Mitte d. St. Angebote mit Preis unter **B N** an die Exp. d. Bl. (6912

**Zwei große Salon-Bilder,** sehr gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Zu besichtigen
6926) **Große Burgstraße 19.**

**Guterh. Sitz- u. Liegewagen** zu verkaufen. Chaisestraße 6, II.

**Guterhalt. Kinderwagen** mit Nickelgestell und Gummireifen zu verkaufen. Gewerdestr. 45, pt.

**Eine Kinderbettstelle** billig zu verkaufen.
6908) Sedanstraße 1b, H. p.

Ein **Fahrrad** preiswert zu verk.
6916) Ritterstraße 2a.

**4 hochfeine weiße italien. Hähne** 1913 zu verkaufen. (6919
Auguststraße 26 a.

**Zu kaufen gesucht ein kl. Haus** mit 2 Wohnungen u. Hof od. Garten Ausf. Angebote unter **F Z** an die Expedition d. Bl. (6914

**Entflogen** ein **Kanarienvogel** mit Kappe. Gegen Belohnung abzugeben
6911) Wardenbergstraße 34, II. l.

**Puppenperücken** und **Zöpfe** werden von ausgekämmtem Haar sauber und billig angefertigt. (6905
**E. Höppner,** Untertrave 26/4.

Empfehle blühende **Topfpflanzen** in großer Auswahl. (6907
**Ernst Pagels, Stockelsdorf.**
Daselbst **Kürbisse** abzugeben.

Jeden Donnerstag verkaufe in Schwartau auf dem Marktwagen: **frische Seefische, auch Dorsch, Goldbutt und Gemüse** (6924) **Boy, Fischhandlung, Lübeck, Markthallenstand 46.**

**Gelegenheitskauf** moderne Garnitur durch Zufall nur 90 Mk. Prachtvolle Salongarnitur, statt 250 Mk. nur **165 Mark,** Sofas, Vertikos, Spiegel, Büfetts, Tische, Schreibtische, Trumeaus, Ledersessel, Schlafzimmer, Küchen **enorm billig.**
6791) **Lager Mahnstr. 83.**

**Messer & Waffen-Haus**
**Jesschau,** Lübeck **Breite Str. 27.**
6919

**Bleiben Sie ehrlich**
in Ihrem Urteil und Sie werden nach einmaligem Versuch zugeben, dass Sie
**nie besser gewaschen**
haben, wie mit Persil. Millionen Hausfrauen brauchen und loben es täglich!
Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

**Persil**
das selbsttätige
**Waschmittel**
**Der grosse Erfolg!**
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**
6881

Hausbesitzer und Geschäftsmann sucht **700 Mk.** gegen Sicherheit und hohe Zinsen, von wem gleich. Angebote unter **C F** an die Expedition dieses Blattes. (6925

**Glasscheiben**
aller Art billigst, auch im einzelnen. **Kitt, Draht, Glaserdiam.** v. 4 M an. **Oscar Tauchnitz,** Fensterglas-Handl. Hüxtertor-Allee 13. — F. 808. (405

Ich mache das geehrte Publikum höflichst darauf aufmerksam, daß ich den
**Restaurations-Betrieb** im
**„Cines", Hansa-Theater**
wieder übernommen habe.
Wie bekannt verabfolge nur gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen.
Die gemütlichen Restaurationsräume sind auch vor Beginn und nach Schluß der Vorstellung dem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Indem ich um gütigen Zuspruch bitte, zeichne
6921) Hochachtungsvoll **Herm. Börck.**

6915 Empfehle:
**Mittwoch, 17. u. Donnerstag, 18. September**
**am Bahnhof Schwartau, schöne**
**Tafel-Aepfel, Birnen und Zwetschen**
zu billigsten Preisen. Obsthändler **Wulf, Guttau.**

**Hintze & Stech**
**Größte Möbelfabrik Lübecks**
empfehlen 882
**Wohnungseinrichtungen.**
**Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:**
**Moislinger Allee 60.**

Man abonniert jederzeit auf das
**schönste und billigste**
**Familien-Witzblatt**

**Meggendorfer-Blätter**
**München ⊙ ⊙ Zeitschrift für Humor und Kunst ⊙ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ⊙**
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
**Kein Besucher der Stadt München**
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Neue, bestgereinigte
**Bettfedern**
Daunen,
federdichte, echtfarbene
**Inletts; fertige Betten.**
**Die richtige Bezugsquelle** für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (6923
**Herm. Kampff**
früher **Gebr. Barg**
**Lübeck** Kohlmarkt 5. **Lauenburg a. E.** Elbstraße 91/93.
Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.

**Carl Folkers**
**Möbelmagazin**
**25 Marlesgrube 25.**
**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**
**Selbstgefertigte Arbeiten.**
**Größte Auswahl.**
1) **Billigste Preise.**
**Weitgehendste Garantie.**
**Zimmereinricht. stets vorrätig.**
**Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.**
**: Teilzahlung gestattet :**
**Bei Barzahlung Rabatt.**
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Konsumverein**
**für Lübeck und Umgegend**
e. G. m. b. H.
**Bezirks-Versammlung**
**für Vorwerk**
**am Freitag, dem 19. Septbr.**
abends 8½ Uhr
**bei Herrn Gastwirt Stapelfeldt.**
Tagesordnung:
1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Genossenschaftliches.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen ist dringend erwünscht.
6922) **Der Vorstand.**
**Sonnabend, 20. September, 5 Uhr:**
**Gr. Schüler-Vorstellung**
**im Konzerthaus Fünfhausen.**

**Kufeke** eine bewährte **Krankenkost für Erwachsene**
bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit
6905

**Zentral-Hallen**
Dankwartsgrube 20.
**Jeden Donnerstag:**
**Tanzkränzchen.**
Anfang 8 Uhr.
2) Ende 12 Uhr.

**Dilettanten-Klub „Freiheit".**
**Gr. theatralischer Abend**
**am Donnerstag, 18. Septbr.**
**im Konzerthaus Flora.**
Zur Aufführung gelangt:
**Unsre Pauline.**
Schwank in 4 Akten.
Kassenöffng. 7½ Uhr. Anfg. 8½ Uhr. Karten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Kinder 15 Pfg., Programm frei. Karten sind zu haben bei **Lexau,** Böttcherstr., **Jürß,** Engelsgrube, **Radke,** Engelsgrube, im Konzerthaus **Flora** und bei sämtlichen Mitgliedern. (6813

**„Cines"**
**Hansa-Theater.**
**Das neue Programm**
**vom 12. bis einschl. 18. Septbr.**
**Lachen, Lachen, Lachen.**
**The Garden Sisters**
Gymnastik.
**Olloms & Page**
Melange-Akt. (6817
**2 Lillies**
neuartiger Spiegel-Akt u. Tänze.
**O Brion Bros**
Humpsty-Bumpsty.
Humoristische Turnkünstler.
**The Australian Mc. Leans**
Wirbelwind-Tänzer.
**Emerson & Baldwin**
Amerik. Varieté-Komödianten.
**Außerdem unsere erlesenen**
Licht-Kunstspiele.
**Vorstellung:** Wochentags 8½ Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
**Vorverkauf bei Nagel u. Sager.**

**Neues Stadttheater.**
**Donnerstag, den 18. September:**
2. V. i. V.-A. 1. V. i. Donnerst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
**Fidelio.**
Oper von Beethoven.
Große Preise.
**Freitag, den 19. September:**
3. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
**Neuheit! Neuheit!**
**Kammermusik.**
Lustspiel von Ilgenstein.
Mittelpreise. (6927
**Sonnabend, den 20. September:**
4. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Sonnb.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 11¾ Uhr.
**Faust**
von Goethe.
Mittelpreise.
**Sonntag, den 21. September:**
5. Vorstellung im Voll-Abonn.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr
**Neuheit! Neuheit!**
**Hoheit tanzt Walzer.**
Operette von Leo Ascher.
Große Preise.
In dieser Spielzeit können die Plätze zum III. Rang **auch für Sonntag** vorbestellt werden.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 218. Mittwoch, den 17. September 1913. 20. Jahrg.


## Sozialdemokratischer Parteitag zu Jena.

C. B. Jena, 15. Sept. 1913.

Erster Verhandlungstag.
Vormittagssitzung.

Vors. Ebert eröffnet die Verhandlungen Schlag 9 Uhr. Begrüßungstelegramme sind eingegangen von der französischen Sozialdemokratie und den tschechischen Zentralisten, als deren Vertreter Genosse Stein erschienen ist. Die Geschäftsordnung wird debattelos genehmigt.

Zur Tagesordnung teil Ebert mit, daß Vorstand und Ausschuß beschlossen haben, die Frage der Arbeitslosenversicherung mit Timm-München als Referenten zu behandeln. Die Frage des Massenstreiks soll von Scheidemann als Berichterstatter des Parteivorstandes behandelt und nachher besonders diskuttert werden. Alle Anträge zur Tagesordnung sind damit erledigt oder werden zurückgezogen.

Als Tagungszeit werden die Stunden von 9—1 und 3—6 festgesetzt.

Es wird in die Tagungsordnung eingetreten.

Den Bericht des Parteivorstandes erstattet

Scheidemann: Der schriftliche Bericht des Parteivorstandes ist schon vor zwei Monaten erstattet worden. Es war die letzte Arbeit, an der Bebel mitgeschafft hat. Ich habe heute nur Ergänzungen zu geben, Anregungen und Kritiken zu behandeln. Wie 1913 das letzte Jahr mit Bebel war, so war es das erste Jahre mit dem neuen Parteiausschuß. Ich freue mich, feststellen zu können, daß unser Zusammenarbeiten durchaus harmonisch war. In öffentlicher Versammlung hat ein bekannter an verantwortlicher Stelle stehender Parteigenosse behauptet, wir hätten den Parteiausschuß statt mit den großen politischen Fragen mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt. Das ist irrig oder unwahr; wir haben alle politischen Aktionen, die wir unternommen oder auch nicht unternommen haben, mit dem Parteiausschuß beraten. Doch zunächst einige Bemerkungen zur Ausführung der Beschlüsse des Chemnitzer Parteitages. Der Fall Radek, der uns ausdrücklich überwiesen war, ist von uns durch den Ihnen vorgelegten Antrag erledigt worden. Durch ein Zirkular haben wir in diesen Tagen die Organisationen aufgefordert, besondere Veranstaltungen für die Parteijugend von 18—21 Jahren zu treffen. Die einseitige politische Verfolgung der jüngeren Arbeiter und ihrer rein geselligen und wissenschaftlichen Veranstaltungen ist ja unerhört. Wir sind alle entschlossen, zur Förderung unserer Jugend das möglichste zu tun. Die jungen Leute von 18 Jahren kommen unvorbereitet in unsere Organisationen und haben besonders Interesse an allen politischen Grundfragen und Weltanschauungsproblemen. Ihre Bedürfnisse zu befriedigen halten wir für eine Notwendigkeit. Der Antrag auf Schaffung einer Modenzeitung hat gewiß nichts Revolutionäres an sich. (Heiterkeit.) Wir bitten den Parteitag, sich mit dieser Frage nicht weiter zu beschäftigen. (Bravo!) Wir sind nach den eingehendsten Beratungen zu der Einsicht gekommen, daß für einen Privatkapitalisten, der zunächst eine Million vielleicht in dieses Unternehmen hineinsteckt, bei den bestehenden Konkurrenzverhältnissen eine solche Modenzeitungs-Gründung ein sehr gewagtes Unternehmen wäre; für eine politische Partei ist sie unmöglich. (Sehr wahr!) Aber wir kommen nicht mit leeren Händen. Wir wollen eine vorbildliche Familienzeitung ins Leben rufen, die ungefähr 40 Seiten aus bestem Text umfassen, alle 14 Tage erscheinen und 25 Pfg. kosten soll. Die Zusammensetzung der Redaktion und die Beschaffung der notwendigen Maschinen für den Tiefdruck der Illustrationen erfordert indessen noch Zeit. Vor dem nächsten Parteitag wird die Zeitschrift also kaum erscheinen können. Sie soll neben der besten literarischen Kost auch hauswirtschaftliches Material enthalten. Damit halten wir auch diese Frage für erledigt. Daß war nicht die erste Million Parteimitglieder erreicht haben, hat Enttäuschung erweckt und dem Parteivorstand heftige Vorwürfe eingetragen. Die lebhaftesten Kritiker sind freilich die gewesen, die früher immer geklagt haben, die Partei wachse zu sehr in die Breite und zu wenig in die Tiefe. Von allem kann man das vom letzten Jahre nicht sagen. (Heiterkeit.) Wir haben im letzten Jahre eine ungeheure Innenarbeit geleistet. Redner gibt die Zahlen aus dem Parteivorstandsbericht über die Bildungsarbeit, die Jugendarbeit, den Ausbau der Frauenorganisation usw. Was da besonders von den Frauen an Kleinarbeit geleistet worden ist, ist aller erdenklichen Dankbarkeit wert. (Beifall.) Unsere Partei ist niemals gradlinig emporgewachsen. Selbst im Jahre 1912, dem stürmischen Wahljahre, haben 71 Wahlkreisorganisationen an Mitgliedern verloren. Der diesmalige Stillstand hat also gar nichts Bedenkliches. Von einem sächsischen Kritiker ist gesagt worden, der Mißerfolg rühre daher, die Massen hätten das Vertrauen zur Leitung verloren. (Heiterkeit.) Ich nenne keine Namen, weil ich annehme, daß jeder Kritiker nur das beste der Partei im Auge hat; aber es sollte sich auch jeder stets seiner vollen Verantwortlichkeit bewußt bleiben. (Sehr wahr!) Wo ist denn der Mißerfolg? Und wer getraut sich, über Vertrauen oder Mißtrauen der Massen ein maßgebendes Urteil zu fällen? Ein anderer Kritiker — auch in Sachsen (Heiterkeit.) — hat auf die Fraktion sehr heftig gescholten und schließlich behauptet, alles Unglück komme daher, daß der Parteivorstand gegenüber der Fraktion seine Schuldigkeit nicht getan habe. Der Genosse hat eine Ahnung von der Parteiorganisation! (Heiterkeit.) Wenn aber von greisenhafter Ermattungsstrategie und von Organisationshochmut gesprochen wird, wenn man die Nichtorganisierten als das Wunderkind rühmt, von dem alles Gute der Welt kommen werde, kann man sich dann wundern, wenn die Organisationen nicht nach Wunsch wachsen! (Lebh. Beifall.) Was haben wir denn politisch im letzten Jahre unternommen? Das Jahr begann mit dem nachdrücklichsten Protest gegen die schändliche volksausplündernde Junkerpolitik, dann beschwor der Imperialismus mit anderen Gründen zusammen den Balkankrieg und die europäische Kriegsgefahr herauf. Wir haben eine machtvolle Protestbewegung eingeleitet und haben durch die Größe und Teilnehmerzahl unserer Kundgebungen in der Internationale den Vogel abgeschossen. Auch die preußische Polizei schoß mit ihren Einmischungen den Vogel ab: ich erinnere nur an die Ausweisung Compère-Morels. Diese Agitation erreichte ihren prachtvollen Höhepunkt im Baseler Internationalen Kongreß — die Kriegsgefahr wurde beschworen. Die Imperialisten und Militaristen schmiedeten das Eisen, solange es auf dem Balkan glühte und brannte. Ein Schrei der Entrüstung antwortete aus den Massen auf die unerhörte Militärforderung der Regierung. Wieder ging der Protest bis in das kleinste Dorf. Aber allmählich flaute die Empörung ab. Weshalb? Wegen unserer Lässigkeit? Nein! Allmählich wußte man bis ins letzte Dorf, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher war und daß dank der sozialdemokratischen Parteiarbeit die unmittelbare Belastung der arbeitenden Massen mit neuen Steuern unmöglich geworden war. Einige Parteigenossen wollen freilich auch jetzt noch nicht zugeben, daß wir das erreicht haben. Ich begreife wirklich nicht, welches Vergnügen einzelne Parteigenossen daran finden, offenkundige Errungenschaften der Sozialdemokratie aus der Welt zu disputieren. (Sehr gut!) Säßen solche Genossen in der Parteileitung, dann wäre natürlich alles besser. (Heiterkeit.) Ein Kritiker in der „Neuen Zeit" hat gesagt, die Presse habe versagt. In dieser Allgemeinheit ist das wohl nicht richtig. Aber eine Anzahl unserer Parteiblätter betrachtet sich in der Tat mehr als Vereinsorgan der organisierten Genossen; sie müssen sich wieder darauf besinnen, daß die Presse unser bestes Werbemittel sein muß und nicht in Formeln erstarren darf, die uns ganz geläufig geworden sind, aber den noch Unaufgeklärten doch nicht verständlich werden, vor denen sie ganz fassungslos stehen. Derselbe Kritiker hat ferner gemeint, wahrscheinlich habe im Kampfe gegen die Militärvorlage auch die Parteileitung versagt; ein Flugblatt über die Liebknechtschen Enthüllungen sei nicht verfaßt, gewiß nicht verbreitet worden. Als das geschrieben wurde, hatten wir schon 4 solcher Flugblätter verfassen und in 2½ Millionen Exemplaren verbreiten lassen. (Heiterkeit.) Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen getan, was möglich war. Einmütig war der Parteiausschuß der Ueberzeugung, daß die Bewegung nicht künstlich anzufachen war. Dann kamen die preußischen Landtagswahlen und brachten uns einen großen Stimmenzuwachs auf über eine Million. Dabei gewannen wir aus eigener Kraft nur ein einziges Mandat, und wir dachten, daß dieses Ergebnis die Massen zur hellsten Empörung aufpeitschen würde. Tausend kommandierte Landsklaven hatten denselben politischen Einfluß ausüben können, wie hunderttausend tapfere politische Kämpfer, die trotz aller Maßregelungsgefahr offen sozialdemokratisch stimmten. (Hört, hört!) Die Kritik an dem Wahlausfall war indessen merkwürdig schwächlich und schwankend, bis das Stichwort Massenstreik fiel. Die Debatte darüber nahm einen merkwürdigen Verlauf und ihr bisheriges Ergebnis hat uns wenig Freude bereitet. (Sehr wahr!) Denn alle ohne Ausnahme, die sich zu dem Gegenstand geäußert haben, sind zu dem Schluß gelangt: Jetzt ist an einen Massenstreik nicht zu denken. Das haben auch wir gedacht und haben deshalb den Mund gehalten. Warum sollen wir den Gegnern, unseren Todfeinden sagen, was wir jetzt nicht machen können? Ich bin nicht so übertrieben ritterlich, lauernden gehässigen Feinden zu sagen: Ich habe zwar noch eine Waffe; wenn ich die gebrauche, bist du verloren; aber sei ruhig, augenblicklich habe ich sie noch nicht bereit. (Heiterkeit und Beifall.) Die Massenstreikdebatte hat zur unrechten Zeit eingesetzt; sie entsprach nicht der Stimmung der Masse. (Lebh. Zustimmung.) Ich behaupte nicht, daß es sich bei der ganzen Debatte nur um die Mache einiger Akademiker gehandelt habe. Nein, die Empörung der Massen wächst wirklich von Tag zu Tag, und sie muß wachsen. (Sehr wahr!) Aber die Massen kennen auch die christlichen, die gelben, die unorganisierten Arbeiter aus nächster Nähe, und deshalb sagen sie zähneknirschend, aber sie sagen es: Noch ist es nicht Zeit. (Sehr richtig!) Ich will Ihnen klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zur Massenstreikfrage. Wir stehen auf dem Boden der Beschlüsse von Jena 1905 und Mannheim 1906 und sind entschlossen, sie auszuführen. Deshalb nehme ich auch die Kritik am Parteivorstand nicht sehr tragisch. Aber was ich sehr tragisch nehme, das ist, daß tausende von braven Arbeitern, die durch das Vertrauen der Masse in Vertrauensstellung hineingekommen sind, fortgesetzt in der schlimmsten Weise verdächtigt werden. (Lebh. Zust.) Man hat sich nicht gescheut, sie geradezu als Bremsklötze der Entwicklung zu bezeichnen. Das ist unerhört; keiner von diesen Männern steht ohne das Vertrauen der Arbeiter an seinem Platze, und keiner, der nicht unermüdlich vorwärts drängte, ist mir unter diesen Männern bekannt. Sie sind alle wirkliche Kulturpioniere, die unausgesetzt an der Befreiung der Arbeiterklasse schaffen; ihnen sollten wir das Leben nicht noch unnütz schwer machen. (Sehr wahr!) Ich bin ein Gegner der Rederei über eine Tat, die man machen muß, wenn man sie machen kann, über die man aber nicht sprechen soll, solange man sie nicht machen kann. (Sehr gut!) Die Vergleiche mit den ausländischen Generalstreiks sind sämtlich hinkend und hinfällig. Wir sind über die Bewegung in Schweden und Belgien sehr genau unterrichtet. Die Genossen dort hatten, von allem anderen abgesehen, jedenfalls das beruhigende Gefühl: ich habe jenseits der Grenze einen großen Bruder, der mir schlimmstenfalls mit aller Kraft helfen wird. Wir haben leider keinen größeren Bruder jenseits der Grenze. Und dann Rußland? Gewiß sind unsere Zustände in vieler Beziehung den russischen verflucht ähnlich; das haben wir ja noch in diesen Tagen an der gehässigen Austreibung Vandersmissens und Huysmans gesehen. Aber deshalb ist es doch nicht gut, die deutschen Verhältnisse durch eine russische Brille anzuschauen und nach russischer Methode zu arbeiten. (Heiterkeit.) Der russische Arbeiter hat kein Vereinsrecht, kein Preßrecht, vielfach kein Wahlrecht, sondern nur das Recht auf Knute und Sibirien. Gewiß sind wir unerschütterlich entschlossen, den deutschen Arbeitern zu erkämpfen, was man ihnen bisher vorenthalten hat und was ihnen

---

## Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Halten Sie Ruhe!" gebot er. „Sie, Herr Altes, lassen den Mann gehen, und Sie, Haltmann, gehen nach Hause!"

„Ich bitte mir aus, daß Sie mich als erwachsenen und gebildeten Menschen ebenfalls mit dem Worte „Herr" anreden, das Sie ja auch Herrn Altes zugestehen! Gute Nacht, meine Herren!"

Und ruhig ging er seines Weges. Einige Augenblicke schwieg alles still, dann aber erschallte hinter dem Davongehenden ein lautes, höhnisches Gelächter.

Als Haltmann am Mittag des nächsten Tages seinen gewohnten Spaziergang in die freie Natur machen wollte, steckte er den geladenen Revolver zu sich. Aus seinen Mienen sprach eine finstere Entschlossenheit, und leise sprach er vor sich hin:

„Wenn mich kein Recht und kein Sittengesetz schützt, dann mag der alte Urstand der Natur wiederkehren, wo man sich selbst zum Schutz verhalf."

Auf dem Heimweg begegnete ihm draußen vor dem Tore der Bürgermeister Strauß. Haltmann grüßte und wollte schnell an ihm vorüber. Doch jener hielt ihn an.

„Na, Haltmann, da sind Sie ja wieder! Es ist gut, daß ich Sie treffe! Sie machen ja schöne Geschichten!"

Erstaunt sah der Angeredete das Stadtoberhaupt an. „Ich?" fragte er verwundert.

„Natürlich, Sie! Was haben Sie denn nun letzte Nacht wieder angestellt?"

„Sie meinen die Szene am Bahnhof?" fragte Haltmann den Bürgermeister.

„Natürlich meine ich die! Nun sagen Sie bloß mal, Haltmann, wie können Sie nur solche dummen Geschichten machen?"

„Ich verstehe noch immer nicht, Herr Bürgermeister," entgegnete Haltmann und wollte weitergehen, „es ist wohl besser, Sie laden mich, wenn Sie amtlich mit mir zu sprechen haben, auf Ihr Bureau — was wir aber privatim zu sprechen hätten, wüßte ich nicht recht, Herr Bürgermeister!"

„Na, von Ihnen bekommt man ja einen schönen Dank, wenn man es gut mit Ihnen meint!"

„Gut meinen?" wiederholte Haltmann staunend. „Ich weiß ja noch immer nicht, welchen Zweck eigentlich diese Unterredung hat?"

„Haltmann, stellen Sie sich doch nicht so dumm! Gestern nacht haben Sie ohne jede Veranlassung dem Robert Altes, der Sie zu einem Glase Bier einladen wollte, mit solcher Wucht zur Seite gestoßen, daß er hingestürzt wäre, wenn ihn nicht ein Kamerad aufgefangen hätte, und dann haben Sie obendrein den Polizeisergeanten, der Ruhe stiften wollte, durch Worte beleidigt."

Haltmann lachte laut auf. „Merkwürdig, welch ein großer Verbrecher ich bin!"

„Zum Lachen ist das nun gerade nicht," fiel der Bürgermeister zornig ein. „Nur dem guten Gemüt des Herrn Altes haben Sie es zu verdanken, daß er keinen Strafantrag wegen Körperverletzung gegen Sie stellt, und von einer Anzeige wegen Beleidigung des Polizeisergeanten will ich in Rücksicht auf Ihre scheinbare Angetrunkenheit Abstand nehmen!"

„Sie sind sehr gütig, Herr Bürgermeister! Aber es wäre mir viel lieber, wenn in beiden Fällen das Recht seinen freien Lauf erhielt! Dann könnte wenigstens einmal festgestellt werden, welcher Liebenswürdigkeiten sich ein harmloser Reisender, der nachts ankommt, und nach Hause will, von seiten roher Burschen zu erfreuen hat!"

„Na ja, Haltmann, der beste Bruder ist ja Herr Altes nicht — das ist ja wahr! Aber seine Einladung hätten Sie doch nicht so kurz ablehnen sollen — er ist der reichste Bürgersohn hier im Ort und hat vielen Anhang!"

„Ich habe nicht nötig, mich von fremden Leuten einladen zu lassen! Am allerwenigsten aber von Herrn Altes, der mich in Ruhe lassen soll, wie auch ich ihn in Ruhe lasse!"

Der Bürgermeister trat einen Schritt auf ihn zu, faßte ihn bei einem Knopfe seines Ueberrockes und sagte dann freundlich:

„Sagen Sie mal, Haltmann, sind Sie denn in bezug auf Amerika noch nicht andern Sinnes geworden?"

„Wie meinen Sie das, Herr Bürgermeister?"

„Na, ich meine: wollen Sie denn nicht auswandern? Das Reisegeld bis Hamburg oder Bremen können Sie sofort haben, und von dort ab — Sie wissen ja, was ich Ihnen neulich sagte!"

„Ich danke schön, Herr Bürgermeister! Ich habe hier mein gutes Auskommen — ich wüßte also nicht, warum ich den Staub meines deutschen Vaterlandes von meinen Füßen schütteln und mich einer ganz ungewissen Zukunft aussetzen sollte!"

„Sie reden, wie Sie es verstehen, Haltmann! Wer spricht denn von Ihrem Auskommen? Es handelt sich doch nur darum, ob Sie hier bleiben wollen, wo alle Welt mit Fingern auf Sie zeigt und Ihnen fortwährend neue Beleidigungen und Verhaftungen drohen — z. B. wegen der gestrigen Beleidigung des Polizeisergeanten."

„Gehen Sie doch in Gottes Namen zum Amtsgericht, Herr Bürgermeister — es wird ja noch Richter in Deutschland geben —"

„Ja, gewiß, die gibt es noch!" Aber Ihnen glaubt doch keiner etwas, Sie mögen reden, was Sie wollen. Das Wort eines angesehenen Bürgersohnes, wie des Herrn Altes, oder eines braven Polizeisergeanten steht höher als das Wort eines — na, Sie wissen ja, Haltmann! Sehen Sie, und da meine ich doch, es wäre besser, wenn Sie sich solchen unerfreulichen Verhältnissen entzögen. Amerika ist groß, kein Mensch kennt Sie dort, niemand wird Sie dort belästigen, und das Fahrgeld bis Hamburg oder Bremen erhalten Sie von uns, ich habe es Ihnen doch schon wiederholt gesagt!"

„Verbindlichsten Dank für Ihre Ratschläge, Herr Bürgermeister! Aber es bleibt dabei — mir ist das deutsche Vaterland lieber als Amerika! Adieu, Herr Herr Bürgermeister!"

Damit wandte sich Haltmann zum Gehen.

„Sie sind ein Dickkopf, Haltmann!" rief ihm der Bürgermeister ärgerlich nach. „Sie werden schon sehen, daß Sie mit Ihrem Kopfe doch nicht durch die Wand rennen können!"

Haltmann hörte ihn nicht mehr. Schnellen Schrittes ging er der Stadt entgegen. —

Er war voll tiefster Empörung. Also an dem Vorfall der letzten Nacht war er wieder der Schuldige! Er hatte sich an einem angesehenen, reichen Bürgersohn vergriffen und einen braven Polizeibeamten beleidigt! Natürlich, er, der Vorbestrafte, der Rechtlose, trug ja die Schuld an allem, was sich begab! Und wenn es jemand etwa einfallen sollte, in der Erschaffung der Welt ein Vergehen zu erblicken — kein Zweifel, daß es Leute geben würde, die ihm, Karl Haltmann, die Schuld auch dafür aufbürdeten!

Er knirschte mit den Zähnen: in der Tat, er fühlte es, er war vollständig rechtlos, selbst in der Heimat!

Der Bürgermeister hatte vielleicht doch nicht so ganz unrecht mit Amerika. Wenn das so weiterging wie bisher, so mußte es über kurz oder lang zu einem scharfen Zusammenstoß mit den herzensrohen Burschen kommen — und auf wessen Seite dann das Recht sein würde, das hatte er ja eben aus den Worten des Bürgermeisters hinreichend deutlich entnehmen können. Und dann: der Ausgang eines solchen Zusammenstoßes war nicht vorauszusehen — unwillkürlich griff Haltmann nach der Tasche, wo er den Revolver trug — und dann? Dann stand das Gefängnis oder gar das Zuchthaus in sicherer Aussicht, die Störer seines Friedens würden frei ausgehen, und er allein, er, Karl Haltmann, würde für ihren Friedensbruch zu büßen haben. Oder auch der andere Fall war denkbar: die Burschen schlugen ihn unvermutet nieder, dann konnte er vielleicht wochenlang krank liegen, und das Odium fiel doch auf ihn. Würden dann vielleicht auch die Angreifer gerichtlich verurteilt, so würde ihre Strafe doch eine ganz geringfügige sein, denn wer anders als er konnte der wirkliche Urheber des Streites sein, konnte die braven und gutmütigen Burschen zum Dreinschlagen gereizt haben? Nur er, er allein, er, das nichtsnutzige und gemeingefährliche Subjekt.

(Fortsetzung folgt.)

zuteil werden muß, aber den Vergleich mit Rußland lehnen wir doch ab; wir wollen unsern klaren Verstand behalten und uns bewußt bleiben, daß wir nicht durch jede Wand mit dem Kopfe können. (Sehr gut!) Von einem unbekannten Genossen ist der Vorschlag gemacht worden, den Massenstreik als fliegendes Feuer zu organisieren, das bald hier, bald da aufflackert. Genossen, so kann man vielleicht eine Kaiserreise inszenieren, „Trari, Trara, bald hier, bald da", aber nicht einen Massenstreik organisieren. (Sehr gut!) Automobilreisen können bald hier-, bald dahin führen, aber die Empörung des arbeitenden Volkes läßt sich nicht in bestimmte Portionen einteilen. Andere Propagandisten des Massenstreiks, der doch zunächst nur für die weitere Eroberung des Preußenparlaments geführt werden könnte, haben damit begonnen, zunächst den Parlamentarismus herabzusetzen. Wie kann man die Massen für den Kampf um etwas begeistern wollen, was nachher doch nichts wert ist. Wenn der Parlamentarismus doch nur zum Kretinismus führt und niemals etwas erreicht, wozu sollen wir dann erst uns Wahlrecht massenstreiken?? Dann sagen wir schon besser die ganze Wahrheit und gehen gleich aufs Ganze. (Sehr gut!)

In Dutzenden von Reden habe ich gehört und in Dutzenden von Artikeln gelesen, jetzt müßten einmal die Massen auf den Schauplatz treten. Was soll das heißen? Man hat gefordert, wir sollten beim Besuch des Blutzaren republikanische Aktionen veranstalten; statt dessen seien wir vor dem Blutzaren ins Mauseloch gekrochen. (Bewegung.) Genossen, kein Parteigenosse ist eine so feige Memme, daß er ins Mauseloch kriegt, sei es vor dem Blutzaren, sei es vor denen, die uns durch blutrünstige Redensarten einschüchtern wollen. (Bewegung und Beifall.) Eine Demonstration beim Zarenbesuch hätte nur dazu führen können, daß Tausenden von braven Arbeitern der Schädel eingeschlagen worden wäre, ohne daß es zu irgend einem Vorteil hätte führen können. (Lebh. Zustimmung.) Ich hoffe, daß ich nie so skrupellos werde, daß ich die Arbeiter zu sinnlosen Demonstrationen auf die Straße hetze; dazu ist mir das Blut meiner Klassengenossen zu teuer. (Lebh. anhalt. Beifall.)

Eine merkwürdige Einschätzung der Organisationen haben wir von den Propagandisten des Massenstreiks auch erlebt. Man hat die Organisationen kurzweg als Bremsklotz der Revolution bezeichnet; ein kühnes Vorgehen werde die unorganisierten Massen mit sich reißen; nicht die unorganisierten Massen hätten versagt, sondern die Organisation der Partei und ihre Führer. (Bewegung.) Genossen! Mit vollem Recht hat Kautsky in der „Neuen Zeit" erwidert: „Für Quertreibereien und Abenteurer sind die Organisationen ein Hindernis, aber diesen Nachteil kann die Arbeiterklasse ertragen." (Sehr gut!) Mit dieser Auffassung sind meiner Ueberzeugung nach 99 % der Parteigenossen einverstanden.

Auch uns erscheint es aussichtslos, innerhalb des Dreiklassenwahlrechts die Wahlrechtsfrage zu lösen. Wir sind entsprechend den früheren Parteitagsbeschlüssen entschlossen, den Massenstreik auch als Angriffswaffe zu verwenden. Wir werden den Massenstreik haben, aber wir wollen nicht vergessen, daß er unsere ultima ratio (unser letztes Mittel) ist. Vergessen wir doch nicht, daß wir noch eine Minderheit sind. Als Minderheiten, die aus Demokraten besteht, können wir nicht der Mehrheit unseren Willen aufzwingen wollen. Wir können nur dann den Massenstreik machen, wenn wir den ganzen Wind der Demokratie in die Segel nehmen. Wir können nicht für ein spezifisches Parteiziel, wir müssen für ein allgemeines Interesse kämpfen. Wir brauchen also für den Massenstreik eine klar bewußte, streng disziplinierte, klar auf das Ziel gerichtete politische Aktion. (Sehr gut!)

Wenn wir für das preußische Wahlrecht kämpfen, können wir uns auf das Wort des Königs stützen. Können wir den Ministern sagen, daß wir sie davon befreien wollen, in der dritten Klasse zu wählen, während die ehrlosen Bordellwirte in der ersten Klasse wählen. Wenn wir für Preußen Freiheit und Gleichberechtigung verlangen, müssen wir ¾ des deutschen Volkes hinter uns haben. Ich halte die für Narren, die sagen: Wir werden den Generalstreik niemals haben. Wir werden ihn haben, sobald es möglich sein wird, den Kampf zu führen. Auf die Dauer wird sich das deutsche Volk nicht alles gefallen lassen. (Lebh. Zustimmung.) Ich möchte vor der geflissentlichen Angstmeierei und Bangemacherei warnen, die entweder zur Hoffnungslosigkeit oder Anarchie führen muß. Ich verwerfe aber auch die besondere Agitation für den Massenstreik; was wir brauchen, ist die grundsätzliche sozialdemokratische Aufklärung und die Erziehung der Arbeiter zu klassenbewußten Proletariern. (Beifall.) Wenn wir die Arbeiter allgemein zu zielbewußten Sozialdemokraten erziehen, fügt sich alles andere von selbst. Dann werden die Proletarier selber wissen, daß sie nicht mit dem Feuer spielen dürfen, aber in der Stunde der Entscheidung Leib und Leben für ihre Ueberzeugung einsetzen müssen. Je kritischer die Situation wird, umso klarer wird die Einsicht, umso unerschütterlicher die Disziplin sein müssen. Bisher hat in den Kämpfen nur unsere eiserne Disziplin Blutvergießen verhindert. Auch für die Zukunft bleibt die Erziehung zur strengsten Disziplin Voraussetzung des Massenstreiks. Ich begreife daher wirklich nicht, wie man glaubt, Massenaktionen fördern zu können, indem man die Gewerkschaftsdisziplin untergräbt und die Massen gegen die Führer ausspielt. (Sehr richtig!) Die Herrschenden in Preußen spielen ein gefährliches Spiel, wenn sie ihre Hoffnung auf die Langmut des Volkes setzen. Das Junkertum wird die Verantwortung tragen müssen, wenn das Volk zu den äußersten Mitteln greift. Aber auch die deutsche Bourgeoisie wird sich nicht beklagen dürfen, wenn gerade ihr der schwerste Schaden erwächst. Bei ihrer großen Macht hätte sie die Möglichkeit, Gerechtigkeit in Preußen zu erzwingen, wenn sie nur den Willen dazu hätte. (Sehr wahr!) Aber sie verteidigt viel lieber mit den Junkern das schnödeste Unrecht, als daß sie den Proletariermassen gleiches Recht gewährt. So wird der Kampf unvermeidlich werden. Wir können darin Fehlschläge, Niederlagen erleiden, aber die Sache des gleichen Wahlrechts wird sich doch durchsetzen, weil sie sich durchsetzen muß. Unsere Aufgabe ist es nur, uns so stark zu machen, daß uns jeder Feind zu fürchten hat. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Resolution des Parteivorstandes anzunehmen. Sie ist heftig getadelt worden, aber uns kommt es nicht auf die große Geste, nicht auf die großen Worte, sondern auf die Taten an. Halten Sie uns denn wirklich für solche sozialdemokratischen Säuglinge, daß wir nicht selber wissen, wie man schärfere Resolutionen faßt? Aber wir bleiben uns bewußt, was dabei auf dem Spiele steht. (Sehr gut!) Man hat gehandelt, wir brächten nur weiße Salbe, wir hätten keine Fühlung mit den Massen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die am meisten über den Massenstreik geschrieben haben, haben am wenigsten Fühlung mit den Massen. Die Resolution ist das Ergebnis sehr ernster Beratungen, nicht nur des Parteivorstandes und Ausschusses, sondern aller für die moderne Arbeiterbewegung in Betracht kommenden Instanzen. Wir wollen keine klingenden Worte, sondern entschlossene Taten. Daß wir dazu bereit sind, wenn die große Stunde ruft, bereiten wir uns heute durch ernste praktische Arbeit vor. Arbeiten Sie systematisch und zähe weiter, den Blick fest auf das Ziel gerichtet, in Einigkeit und Tatkraft. (Lebh. Beifall.)

Parteivorstandsmitglied Braun erstattet den Kassenbericht. Auch für die Kasse war das letzte Jahr eines der intensivsten Ruhe und Festigung. Der Ueberschuß von 94 699 Mark konnte ganz erheblich, ist aber im Hinblick auf die Kosten künftiger Wahlkämpfe aber gar revolutionärer Massenaktionen noch gering. Es sind noch immer 63 Wahlkreise, die erheblich unter 20 % abliefern. Bei den Kreisen, die bisher erheblich mehr als den Pflichtteil abgeführt haben, z. B. Berlin, Hamburg, Leipzig, Chemnitz usw., machen sich Tendenzen bemerkbar, größere Summen am eigenen Orte auszugeben. Der Mitgliederzuwachs war größer als es scheint, denn unsere Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen sind im letzten Jahre um 20 % gestiegen. So hat z. B. Niederbarnim nach der Mitgliederstatistik keinen Zuwachs, nach der Abführung der Beiträge aber 1400 Mitgliederzuwachs, soweit Stillstand eingetreten ist, ist er, wie der Redner aus einem Vergleich mit dem Jahre 1908 zu beweisen sucht, auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Nach 1907 jubelten die Gegner über unsere Dezimierung im Parlament; jetzt frohlocken sie über den Stillstand der Organisation. Damit werden sie dieselbe Enttäuschung erleben, die sie durch den Wahlausfall von 1912 schon einmal erlebt haben. Der Redner gibt eine große Anzahl von zahlenmäßigen Anhaltspunkten dafür, daß ein Rückgang nur in den Kreisen eingetreten ist, wo keine Hauskassierung besteht. In den Kreisen mit Hauskassierung sei die Fluktuation geringer. — Die Krise hat auch die Parteipresse erfaßt. Der Parteivorstand hat mit seinen Mitteln ihr gegenüber nicht gekargt. Wir haben mehr Zuschüsse gezahlt als im vorigen Jahr, und sind auch in der Darlehnsgewährung weiter gegangen. Besonders Bayern hat kein Recht zur Klage. Aber alle Wünsche können wir nicht erfüllen, sonst müßten wir alle Reserven aufzehren, und ein Pumpgenie zum Parteikassierer machen. Die hochfliegenden Wünsche der Genossen auf das vernünftige Maß zurückzuführen, ist keine dankbare, aber eine notwendige Aufgabe. Die großen Parteigeschäfte, die durch unsere Zuschüsse erst geworden sind, was sie sind, sollten nicht so ängstlich in bezug auf Zurückzahlung und Verzinsung sein. Solange der Gebärstreik noch nicht auf die Gründung neuer Parteigeschäfte ausgedehnt ist, wird man immer nach den Brüsten der altbewährten Amme der Parteikasse greifen. (Htkt.) Gut prosperierende Parteigeschäfte sollten deshalb über ihre Verpflichtungen hinaus die Parteikasse unterstützen, besonders aber müssen wir die regelmäßigen Einnahmen erhöhen, indem wir die Mitgliederzahl der Partei vermehren. Der Ausbau der Organisationen muß mit aller Kraft gefördert werden. Deshalb dürfen wir den Genossen nicht die Freude an der Kleinarbeit verekeln und den Wert ihrer Tätigkeit herabdrücken. Die Kleinfunktionäre der Partei haben nicht weniger Idealismus und Opferfreudigkeit aufzubringen, als jene Genossen, die in Massenversammlungen jubelnden Beifall ernten und die Massen gegen die Führer aufhetzen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabsetzen. (Sehr gut!) Lassen wir uns nicht durch Ungeduld aus den alten Bahnen ablenken, sondern gehen wir weiter auf dem bewährten Wege der Organisationsarbeit, und machen wir die Wirkungen der Krise durch doppelte Arbeit wieder gut. Die Parole des nächsten Jahres muß lauten: der zweiten Million entgegen! (Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Brühne: Am 21. Juni ist unser alter Parteigenosse August Kaden gestorben (die Delegierten erheben sich). Die Reihen der alten Genossen werden licht und lichter. Kaden gehörte zu denen, die von der Picke auf gedient und noch die schweren Zeiten des Sozialistengesetzes mitgemacht haben. Seit dem Jahre 1890 war er Mitglied der Kontrollkommission und seit Meisters Tod ihr Vorsitzender. Wer ihn gekannt hat, hat ihn wegen seiner offenen Gradheit geliebt. Die Dresdner Genossen werden ihn am besten durch die glänzende Wiedereroberung des Mandats ehren, wir aber werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Der Kontrollkommission lagen zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand vor. Genosse Mehring beschwerte sich, daß der Parteivorstand die Versendung seiner Artikel über das Buch der Genossin Luxemburg als Mißbrauch des Pressebureaus bezeichnet hat, während Kautsky im vorigen Jahre sogar persönliche Angriffe gegen ihn auf diesem Wege verbreiten durfte. Die Kontrollkommission hat nach der Verfassung des Pressebureaus beides für unzulässig erklären müssen. Sie hat die Erklärung des Genossen Haase entgegengenommen, daß nicht beabsichtigt sei, Mehrings Stellung in der „Neuen Zeit" herabzudrücken, und die Veröffentlichung des Parteivorstandszirkulars durch den „Vorwärts" bedauert. — Eine Beschwerde des Genossen Julian Borchardt gegen die Zusammensetzung des Schiedsgerichts in seinem Falle ist einstimmig zurückgewiesen worden. — Von einer Ersatzwahl für Bebel hat die Kontrollkommission Abstand genommen. — Sie beantragt, nach Durchführung der nötigen Revisionen einstimmig die Entlastung.

In die Debatte werden alle Anträge über Agitation, Organisation, Jugendbewegung, Bildung, Agrarfrage, Presse und Literatur mit einbezogen.

Sollmann-Köln: Nicht allein die Krise ist an dem Stillstand schuld. Auch die schwierige Schreibweise der Parteipresse kostet uns Anhänger. Das Feuilleton vieler Parteiblätter sieht so aus, als ob jeder Arbeiter Theaterabonnent wäre. Die Kollegen wollen unter ihresgleichen gelten, denken aber nicht an das Verständnis der Massen. Gegen die Schönfärberei der Jugendzentrale müssen wir entschieden protestieren. Die Jugendbewegung hat keine Fortschritte gemacht, sondern ist an großen Parteiorten zurückgegangen. Viele Broschüren der Zentrale sind für die 14jährigen ganz unverständlich; namentlich die weiblichen Jugendlichen laufen vor ihnen davon wie vor einer aufgescheuchten Maus. Wir brauchen ein besonderes Organ für die weibliche Jugend und leichtfaßliche Broschüren, möglichst von jugendlichen Arbeitern selbst. Neue Organisationen für die 18- bis 21jährigen sind nicht zu empfehlen, solange wir noch für die 14- bis 18jährigen nicht über das Experimentieren hinaus sind und alle Kräfte brauchen.

Stengele-Hamburg: Der Parteivorstand hat als Verwaltungskörperschaft ganz ausgezeichnet gearbeitet. Man soll nicht jeden Wahlsieg als Weltenwende, und jeden Mitgliederstillstand als Weltkatastrophe ansehen. Die Zahlenwut führt zu keinem richtigen Urteil. Viel schlimmer ist, daß das innere Leben der Partei nicht befriedigt. Die Parteiversammlungen an den größten Orten beschäftigen sich mit lauter Kleinkram, und wenn man in der Frage des Gebärstreiks die einzig mögliche Parteiauffassung vertritt, wird man von einer fanatisierten Menge heruntergeschrien. Mit Recht ist in der „Neuen Zeit" die Schuld daran der Mechanisierung der Partei und dem hierarchischen Aufbau der Parteiorganisation zugeschrieben worden. Wir brauchen gewiß Verwaltungsbeamte, aber die Bureaukratie darf uns nicht beherrschen (die Redezeit ist abgelaufen).

Kirschbaum-Eupen fordert den Ausbau des Rundschreibens an die Funktionäre der Jugendbewegung durch Mitarbeit von Pädagogen, und den Ausbau der Jugendleiterkurse.

Heilmann-Chemnitz verteidigt seinen Artikel in der „Neuen Zeit" gegen die Angriffe Scheidemanns. In den weitesten Parteigenossenkreisen seien die Flugblätter über die Liebknechtschen Enthüllungen unbekannt geblieben. Im Zeitungswesen solle der Parteivorstand zwar nicht sinnlos uns Unterstützungen gewähren, aber von der Zentrale aus ein großzügiges Programm entwerfen, nicht nur über Schaffung einer Familienzeitschrift, sondern auch eines aktuellen illustrierten Blattes, einer Bilderzentrale, einer Filmzentrale usw. Die Anträge des Parteivorstandes zum Fall Radek seien auffallend spät veröffentlicht worden. Man brauche also Scheidemann nicht davor zu warnen, allzugerecht zu sein, damit er nicht verderbe, aber er verderbe manches, weil er allzu witzig sein wolle.

Lüth-Hamburg: Neues Blut ist dem Parteivorstand ja nun wohl genügend zugeführt worden. Trotzdem klagt man jetzt, die Genossen seien nur Statisten und Paradepferde. Da sieht man, daß manche Genossen am liebsten über Sachen schreiben, von denen sie am wenigsten verstehen. Man sollte mit solcher Kritik doch vorsichtig sein. Nicht die Verknöcherung oder Bureaukratisierung der Partei, sondern die wirtschaftlichen Zustände sind an dem vorübergehenden Mitgliederstillstande schuld.

Gehrmann-Zeitz: Der Parteivorstand rechnet für unseren Wahlkreis 19 Proz. Mitgliederrückgang heraus. Zu dem Resultat kommt er nur, weil er für das Vorjahr eine falsche Zahl eingesetzt hat, die schon in Chemnitz berichtigt wurde. Wir hatten durch den Druck der Unternehmer eine sehr starke Fluktuation, aber wir haben im letzten Jahre auch 2000 neue Mitglieder aufgenommen. Das geplante Familienblatt scheint mir viel zu teuer.

Clajus-Berlin II: Von der größten Wichtigkeit der Partei ist, daß wir unsere Familienmitglieder zu Parteigenossen erziehen. Ich habe es erlebt, wie die Töchter eines streikenden Vaters zu Streikbrechern wurden. Von großem Wert sind die Frauenleseabende und die Popularisierung der Parteipresse. Gerade das Alter von 18 bis 21 Jahren ist für die Jugend entscheidend. Ich halte es für unsere heiligste Pflicht, gerade die Militärpflichtigen aufzuklären.

Dörr-München: Der Parteivorstand verspricht uns jetzt eine glänzend ausgestattete Familienzeitschrift, aber die letzte Bebelnummer des „Vorwärts" war wieder geradezu jämmerlich ausgestattet. Der Parteivorstand sollte über das beste Druckverfahren und die Papiersorten Fachmänner zu Rate ziehen. — In der Jugendorganisation kommt alles auf pädagogisch geschickte Jugendleiter an. Einen großen Fortschritt hat unsere Jugendbewegung nicht zu verzeichnen. Ein fester Aufbau von unten her wäre die Hauptsache.

Stubbe-Hamburg: Unsere Parteipresse zählt nur 35 Prozent unserer Reichstagswähler zu Lesern. Selbst in Hamburg haben wir von 158 000 Wählern nur 58 000 Leser, die bürgerliche Presse bei 80 000 bürgerlichen Wählern 200 000 Leser. Vielleicht sind die Verbreitungsgebiete zu groß und müssen in vielen Gegenden geteilt werden. — Was die Parteiorganisation angeht, so haben wir nicht zu viel, sondern noch zu wenig Zentralisation. Die Kreise mit Hauskassierung haben sich trotz der Krise gut gehalten. Diese Erfahrung sollte überall berücksichtigt werden.

Die weitere Debatte wird auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

* * *

C. B. Jena, d. 15. Septbr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr.

In der fortgesetzten Debatte über den Vorstandsbericht und die dazu gehörigen Gegenstände erhält das Wort:

Dißmann-Frankfurt a. M.: Daß der Parteivorstandsbericht im Lande ein lebhaftes Echo findet, ist nur erwünscht. Die Parteigenossen müssen prüfen, ob wir die Situation voll ausgenutzt und die Erwartungen des Vorjahres erfüllt haben. Deshalb hätte ich gewünscht, daß Scheidemann diese Aussprache, auch wo sie über das Ziel hinausschoß, mit Aufgebot von weniger Kraft und Witz behandelt hätte. Niemand von uns unterschätzt die Kleinarbeit und ihre mühsam errungenen Erfolge; wir arbeiten daran ja alle täglich mit und werden uns doch nicht selbst herabsetzen. Der Stillstand der Mitgliederzahl verdient deshalb alle Beachtung. Ich glaube nicht, daß schon die Krise daran Hauptschuld war; die Krise wird uns erst im laufenden Geschäftsjahr viel zu schaffen machen. Ich glaube vielmehr, daß nach der jahrelangen angestrengten Arbeit und besonders nach der Reichstagswahlschlacht eine gewisse Erschlaffung eingetreten ist. Dazu kommt, daß die leicht zu enternden Gebiete abgebaut sind. Jetzt rücken wir an schwierigere Felder heran. Dazu bedarf es des besten Einvernehmens der Partei und der Gewerkschaften; je enger ihr Zusammenhalten, desto besser. Niemand von uns mißbilligt nicht die Hetze gegen die Führer. Die Bewegung, die Mißtrauen gegen die Beamten der Arbeiter-Bewegung säen will, verdient unsere Beachtung; wir müssen uns mit aller Kraft ihr entgegenstellen, während wir zugleich sachliche Mißstände in den Organisationen sachlich kritisieren. In der Frage der Massenaktionen müssen wir vorwärts kommen. Sehr wichtig scheint mir dabei, daß in Zukunft Fraktion, Parteipresse und Parteiorganisationen noch enger zusammenwirken, damit die parlamentarische Aktion stets rechtzeitig von großen Massenbewegungen begleitet werden kann. (Beifall.)

Klara Zetkin-Stuttgart: Ich möchte Stellung nehmen zu den Anträgen auf Ausbau der „Gleichheit". In dem Rufe nach größerer Popularität steckt Richtiges und Falsches. Manche verstehen unter Popularität verworrene, seichte Gedankengänge, vorgetragen in schlechtem Deutsch. (Heiterkeit.) Aber auf der anderen Seite steckt in den Klagen ein gesunder Instinkt. Die „Gleichheit" war früher Organ der Elite der Frauen; inzwischen ist gerade durch deren Arbeit die Zahl der „Gleichheit"-Leserinnen recht rasch gewachsen. Diese Nachrückenden kennen, so fest sie mit dem Herzen zu uns gehören, vielfach noch nicht das Abc unserer Bewegung und haben doch ein Recht, es zu lernen. (Sehr wahr!) Zu deren Gunsten werden die Fortgeschrittenen auf einen Teil des Raumes verzichten müssen. Die Schreibweise der „Gleichheit" ist nicht anders als die der übrigen Parteipresse; aber nicht so sehr die Form der Artikel als unsere Grundsätze selbst sind den Neugewonnenen fremd. Ich werde versuchen, zunächst durch eine Artikelserie über die Geschichte des Sozialismus eine Grundlage für das Verständnis der Parteigrundsätze zu schaffen. Vielleicht läßt sich auf diese Weise auch eine moderne, wirksame und populäre Broschürenliteratur schaffen. — Die Kinderbeilage der „Gleichheit" hat leider einen buchhändlerischen Erfolg in Buchausgabe nicht gehabt. — Zum Schluß möchte ich nur darauf hinweisen, daß die engste Verbindung von Frauen- und Jugendbewegung diese am besten fördern kann. (Beifall.)

Adolf Braun-Nürnberg: Viel mehr als die „Gleichheit" gibt die täglich erscheinende Parteipresse Anlaß zur Kritik. Ihre Uniformität ist abscheulich geworden. Der Parteivorstand könnte sehr sparen, wenn er eine Platten-Zeitung herausgäbe. Leider hat noch kein ingeniöser Mann daran gedacht, eine Korrespondenz für den lokalen Teil herauszugeben, sonst wäre der auch von Königsberg bis Mühlhausen derselbe. Über die Stimmung der Partei kann man sich überhaupt nicht mehr klar werden; sie wird in Berlin von den Korrespondenzmachern herausgegeben; auf telephonische Anfrage erfährt man sie schon tags zuvor. Das Pressebureau der Partei, auch das in Rheinland-Westfalen, befriedigt durchaus nicht. Es ist krank an Haupt und Gliedern, an Inhalt und Form. Wir haben viel zu viel Redakteure in Berlin und viel zu wenig in der Provinz. Leider können wir das Pressebureau nicht kündigen; wir müssen die Kosten als Kopfsteuer mitbezahlen. Andernfalls würden wir sofort einen sehr wirksamen Boykott in Szene setzen. (Htkt.) Das habe ich den Kollegen vom Pressebureau schon selbst mündlich und telephonisch gesagt. (Erneute Htkt.) Auch den Ton der Jugend treffen wir in unseren Reden und Schriften nicht. Wir sind alle alte Knaben geworden, und die Jugend braucht Begeisterung. Sie ist nicht so klar und nüchtern,

wie wir leider schon geworden sind. (Erneute gr. Hkkt.) In Berlin sagt man, Liebknecht sei an allem schuld, und in Nürnberg sagt man dasselbe von Helene Grünberg, und das sind doch ganz verschiedene Menschen. (Hkkt.) Die Jugend fühlt sich bei uns viel mehr bevormundet als bei den Gegnern, obwohl es doch tatsächlich umgekehrt ist. Wir könnten glücklich sein, wenn wir den vierten Teil so gescheit wären, wie wir uns mit 18 Jahren glaubten. (Hkkt.) Erst wenn wir uns wieder in die Zeit zurückzuversetzen lernen, wo wir selbst jung waren, werden wir wirklich das Herz der Jugend erobern. (Lebh. Beifall.)

Heinrich Schulz-Berlin: Wir begrüßen es, daß der Parteitag jetzt jedes Jahr eine Bildungs- und Jugenddebatte hat. Auch wenn wir eine Kapuzinerpredigt hören wie soeben von Dr. Braun. (Zuruf: Rabbirede. — Heiterkeit.) Wir müssen für die Jugend viel mehr tun, aber wir können uns die nötigen Kräfte nicht zaubern. Sie müssen mit der Bewegung selbst langsam erwachsen. Die Angriffe auf unsere Broschüren und die „Arbeiterjugend" halte ich für unberechtigt. Auf die „Arbeiterjugend" dürfen wir stolz sein; ihren Erfolg beweisen die fast 100 000 Leser. (Beifall.) Auch die Fürsorge für die schulpflichtigen Kinder, Ferienspiele usw., wird immer wichtiger. Die Anträge auf bessere Fürsorge für die weibliche Jugend, auf ein Zentralblatt für Jugendleiter und auf Jugendleiterkurse in der Provinz bitte ich, der Zentralstelle zu überweisen. Ich unterschätze die Gegner nicht, wir können z. B. von der jahrzehntelangen pädagogischen Erfahrung der München-Gladbacher noch manches profitieren. Aber wir brauchen die Gegner auch nicht zu fürchten. Sehr große Bedeutung werden die besonderen Veranstaltungen für die Jugend von 18—21 Jahren gewinnen. Auch das Zentrum geht ja jetzt daran, ein „Jung-Zentrum" zu gründen. An eine besondere antimilitaristische Propaganda denke ich dabei freilich nicht; für mich handelt es sich um eine allgemeine Erziehung zu klassenbewußten Sozialdemokraten. Wir brauchen nicht zu jubeln; aber auch zum Pessimismus liegt kein Grund vor. Unsere Jugendbewegung wächst, und wir dürfen ihrer Zukunft vertrauen. (Beifall.)

Frau Nyck-Berlin spricht ihre Genugtuung darüber aus, daß Genossin Zetkin die Anregungen auf Popularisierung der „Gleichheit" so freundlich aufgenommen hat.

Dittmann-Solingen: Fast keiner von uns hat noch einen Überblick über alles, was die Zentralinstanzen der Partei planen. Wir brauchen deshalb ein allgemeines Orientierungs- und Informationsblatt, wie es für Groß-Berlin schon seit 8 Jahren besteht. — Ein Grund zum Stillstand der Parteipresse liegt darin, daß große Gewerkschaften ihr keinerlei Mitteilung von schwebenden Lohnbewegungen machen. Es wird in der Geheimhaltung gar zu weit gegangen und die Arbeiter dadurch der Generalanzeigerpresse zugedrängt. Ich möchte die führenden Gewerkschaftler bitten, über eine bessere Unterstützung der Parteipresse nachzudenken.

Westkamp-Düsseldorf erinnert den Parteivorstand daran, daß er auf dem vorjährigen Parteitag eine besondere Literatur für die Taubstummen versprochen habe und bittet um Erfüllung der Zusage. — Die „Neue Zeit" hätte die Artikel, die eine ganz unsinnige Kritik an unserer Partei übten, gar nicht aufnehmen sollen. Auch die Streitereien zwischen Kautsky und Mehring sind nicht erfreulich. — Das besondere Familienblatt begrüße ich mit großer Freude, halte es auch nicht für zu teuer.

Davidsohn-Berlin: Das Pressebureau versagt seinen Dienst gerade in der Berliner Berichterstattung. Das müßte abgestellt werden. — Sehr empfehlenswert ist der Antrag Frankfurt auf möglichste Beschränkung der Fremdworte. Wir brauchen nicht immer populär, aber wir müssen immer verständlich schreiben. — Das geplante Familienblatt scheint uns viel zu teuer. Für 25 Pfg. kann es nur ein kleiner Teil kaufen. Bezahlt doch der vierte Teil der Parteimitglieder nur 30 Pfg. monatlich Parteibeitrag. Wenn der Parteivorstand seine Rechnung nicht überprüft, wird er teures Lehrgeld zahlen müssen.

Dr. Rosenfeld-Berlin: Die „Arbeiter-Jugend" hat unter den größten Verfolgungen, während die Parteiorganisation stillstand, erhebliche Fortschritte gemacht. Wie kann man da pessimistisch sein und von Schönfärberei reden? Die „Arbeiterjugend" erfreut sich großer Beliebtheit und ersetzt einstweilen das Familienblatt. Die Zentralstelle sollte freilich noch größere Mittel aufwenden, um die Jugendbewegung anzuregen und zu fördern. Das Notwendigste ist freilich die politische Erziehung der Jugendlichen über 18 Jahre. Unsere Jugendbewegung ist streng unpolitisch geworden. Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, daß später die jugendlichen Erwachsenen die nötige politische Anregung und Bildung erhalten. Was der Parteivorstand da anregt, genügt nicht. Wir brauchen mindestens Jugendsektionen innerhalb der Wahlvereine, und zwar ohne weitere Verzögerung.

Birkholz-Hamburg: Die besondere Organisation der 18—21jährigen erscheint mir doch bedenklich; zum mindesten sollte die Frage noch gründlich erörtert werden. Auch das halte ich für falsch, daß unsere Jugend nicht genug Bewegungsfreiheit hat; davon habe ich selbst aus kleinen Orten noch nichts gehört. Von der größten Wichtigkeit ist, daß endlich ein besonderes Organ für die Jugendleiter und Jugendhelfer geschaffen und möglichst weit verbreitet wird.

Wittig-Leipzig tritt für die gleiche Forderung ein. Auch sonst müßten für die Jugend, z. B. für die Jugendheime, mehr Mittel aufgebracht werden. Die Ausgaben werden sich in kurzer Zeit reichlich verzinsen.

Gottschalk-Königsberg begründet den Antrag, die Agrarkommission nicht, wie der Antrag des Parteivorstandes will, durch Parteiausschuß und Parteivorstand wählen zu lassen, sondern durch den Parteitag selbst. Der Parteitag brauche nicht ohne Not ein wichtiges Recht preiszugeben. Schwierigkeiten mache die Wahl der Kommission auf dem Parteitag nicht, zumal ihr das Recht der Kooptation bleibe.

Panzer-Bayreuth: Die Verfolgungen unserer Jugendbewegung durch die nordbayrischen Liberalen sind ungeheuerlich geworden. Der Besuch unseres Jugendheims ist den Fortbildungsschülern verboten, und wer trotzdem an unserem Stenographiekursus teilnahm, wurde vom Polizisten aus der Fabrik geholt und nach dem Karzer gebracht. Die liberalen Unternehmer zwingen die Arbeiter in die gelben Vereine durch den rücksichtslosesten Terrorismus hinein. Die ganze liberale Partei hat sich um ein paar Silberlinge an die Unternehmer verkauft. Zu allen diesen Klagen kommt jetzt noch die Konfiskation unseres Parteiblattes durch die Staatsanwaltschaft wegen des Vorwärts-Bildes über das Kehlheimer Fest und der planmäßige Inseratenboykott. Wir werden uns alle Mühe geben, durch planmäßige Kleinarbeit die Nücken der Feinde zuschanden zu machen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, begründet von Wuschick-Berlin, bekämpft von Auer-München, wird abgelehnt.

Jungnickel-Annaberg begründet den Antrag auf Vermehrung der Bildungslehrer. Der Bildungsausschuß sollte erwägen, ob nicht eine Dezentralisation des Bildungswesens durch Anstellung von Lehrern für einzelne Provinzen möglich ist. Bisher sind selbst bei weitestem Entgegenkommen des Bildungsausschusses die Kosten häufigerer Bildungskurse für ganz arme Bezirke wie das Erzgebirge unerschwinglich.

Fries-Köln: Scheidemann hat kein Recht, alle Beamten ohne Unterschied als Kulturpioniere hinzustellen. Wenn wir Kritik an manchen Angestellten üben, sind wir deshalb noch lange keine Beamtenhetzer. Wir werden ja noch bei der Maifeier sehen, was für Kulturpioniere die Arbeiter-Beamten sind. (Unruhe.)

Schrader-Hannover befürwortet, daß nach Schluß jeder Session die Reichstagsfraktion einen aufklärenden Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Erfolge herausgebe. — Kritik sei wohl an sich berechtigt, aber sie gehe vielfach über das vom Verantwortlichkeitsgefühl Erlaubte hinaus.

Auer-München: Die Frage der Gründung eines eigenen Parteiblattes für Kaiserslautern ist noch nicht erledigt. Otto Braun hat also nur für seine Person, nicht für den Parteivorstand gesprochen. Wir verstehen ja, daß nach Göppingen der Parteivorstand vorsichtiger ist, aber fiskalische Gesichtspunkte dürfen für die Neugründung von Parteiblättern nicht maßgebend sein. — Die Bemerkung im Parteivorstandsbericht über den Stillstand in der Mitgliederzahl hat eine recht unangenehme Debatte erzeugt. Der Parteivorstand hätte diese Erörterung in bessere Bahnen lenken können, wenn er alle Gründe des scheinbaren Stillstands in seinem Bericht erwähnt hätte. Der Hauptgrund ist, daß wir bei unserer jetzigen straffen Organisation viel weniger „nicht zahlende" Mitglieder in den Listen führen. Auch die Jugendbewegung geht, wenn man die natürlichen und politischen Hemmungen und Hindernisse in Betracht zieht, sehr befriedigend vorwärts. Unermüdliche Kleinarbeit, harmonisches Zusammenwirken und unerschütterlicher Glaube an unsere Zukunft verbürgen den Sieg. Zur Kopfhängerei ist gar keine Ursache. (Beifall.)

Helene Grünberg-Nürnberg: Die Jugendausschüsse leisten alles, was bei ihren beschränkten Mitteln möglich ist. In Nürnberg hatten wir im letzten Jahre einen Zugang von 809 Jugendlichen, aber natürlich wächst die Leserzahl der „Arbeiterjugend" nicht in dem gleichen Maße, weil die Jugendverbände doch nur ein Durchgangsstadium sind. Die „Arbeiterjugend" ist viel mehr dem Verständnis der 18—21jährigen angepaßt, als dem der jüngeren. Die Jugendausschüsse an den kleinen Orten können die „Arbeiterjugend" wegen der hohen Portokosten garnicht beziehen. Sie sollte weniger umfangreich, billiger, aber dafür leichter lesbar werden.

Stücklen-Berlin: Genosse Dr. Braun hat darin recht, daß man die ganze Parteipresse kennt, wenn man drei oder vier Blätter gelesen hat. Daran ist neben dem Mangel an Redakteuren die immer stärkere Zentralisation des Nachrichtenwesens schuld. Das Pressebureau muß den Sündenbock für alle Mängel der Parteipresse abgeben, aber brauchbare Reformvorschläge hat uns noch niemand gemacht. Wir können eben nur die Nachrichten weitergeben, die wir bekommen, und da versagen selbst ganz große Orte. Das Pressebureau soll nach seinem Statut politisch geschlechtlos sein (Hkkt.), und keine eigene Meinung haben. Das ist schon ziemlich schwer: so zu schreiben, daß es allen Richtungen paßt, ist auch schon eine Leistung. Dabei haben die Blätter ganz verschiedene Wünsche: das eine wünscht kurze, das andere ausführliche Berichte, das eine lange, das andere kurze Schwänze (Hkkt.) Statt daß die leitenden Redakteure uns mit Nachrichten versorgen, überträgt man diese Aufgabe dem, der das Honorar am besten brauchen kann. Wir haben keine dankbare Aufgabe, aber bisher hat noch niemand behauptet, an unserer Stelle Besseres leisten zu können. Vielleicht wird es besser werden, wenn wir an den größeren Orten festbesoldete Korrespondenten anstellen. Hilft aber auch das nicht, dann solle der Parteivorstand einmal die Frage erörtern, ob man nicht eine Institution, die niemand befriedigt, einfach wieder beseitigt. Bis dahin werden wir leisten, was in unseren Kräften steht.

Bromme-Lübeck: Wir begrüßen die Einsetzung einer neuen Agrarkommission. Aber schon im Hinblick darauf, daß sie besoldete Hilfskräfte anstellen muß, halten wir ihre Wahl hier auf dem Parteitag nicht für angebracht. (Sehr wahr!) Die neuzugründende Familienzeitschrift scheint auch mir viel zu teuer. Sie dürfte höchstens 15 Pfg. kosten. Sie wird gut daran tun, einem gewissen Sensationsbedürfnis, das nun einmal auch in den Arbeiterkreisen vorhanden ist, entgegenzukommen.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Die Schlußworte werden morgen vormittag 9 Uhr gesprochen werden.

Vors. Ebert teilt ein Danktelegramm des Genossen Haase mit, der lebhaft bedauert, an den Verhandlungen noch nicht teilnehmen zu können, und dem Kongreß erfolgreiche Beratung wünscht. (Beifall.)

Die sozialdemokratische Partei Hollands hat dem Genossen Ravesteyn delegiert. Von der britisch-sozialistischen Partei, von den organisierten Frauen Halberstadts und vielen russischen Parteiorganisationen sind Begrüßungstelegramme eingegangen.

Zur Massenstreikfrage ist der von uns bereits gestern mitgeteilte Antrag 100 eingegangen.

Schluß 6 Uhr.

* * *

Am Dienstag wurden zunächst die Schlußworte gehalten. In der Abstimmung wurde u. a. der Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission für die Agrarfrage angenommen. Sodann wandte sich der Parteitag der Frage des **Massenstreiks** zu. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte plädierte Bernstein für die Vorstandsresolution und warnte vor Abenteuern. Hense-Hamburg wandte sich gegen die Propagandisten des Massenstreiks und betonte, daß die jetzige Diskussion über ihn nicht aus den Massen des Proletariats herausgewachsen, sondern von einigen Literaten in sie hineingetragen worden sei. Rosa Luxemburg trat gegen diese Darstellung auf und verteidigte ihren bekannten Standpunkt und ihre Massenstreik-Resolution. Bauer-Berlin sagte, viel notwendiger wie das laute aber leere Geschrei sei die zähe, stille Arbeit. Peus-Dessau führte aus, daß vorläufig ein politischer Massenstreik nur eine ungewisse Katastrophe bedeuten würde; die politische Macht sei nur die Widerspiegelung der wirtschaftlichen Macht, also müßten wir vor allem die wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft stärken. Liebknecht sprach gegen die bekannte Resolution des Parteivorstandes; wir müßten alles tun, den Gedanken des Massenstreiks lebendig werden zu lassen. Frank-Mannheim fügt dem hinzu, das heiße nicht Spielen, sondern bedeute das Schärfen der proletarischen Waffen. Ledebour sprach im Sinne Luxemburg, David aber scharf gegen sie. Klara Zetkin sprach für die Resolution Luxemburg. In seinem Schlußwort lehnte Genosse Scheidemann jene Resolution energisch ab. — Die Abstimmung war eine namentliche.

Mit **333 gegen 142 Stimmen** wurde die **Resolution 100** der Genossin **Luxemburg abgelehnt.** Über die Vorstandsresolution wird heute abgestimmt.

* * *

**Resolution zu Punkt 4: Arbeitslosenfürsorge.**

Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Da nun die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, kann eine dauernde Hilfe für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen nur durch entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung erreicht werden.

Die öffentlich rechtliche Arbeitslosenversicherung kann vollständig nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die auf dem achten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 einstimmig angenommene Resolution vorschlägt gemäß dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Eröffnung des Reichstages 1912 gestellten Antrage.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschußleistungen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

Timm.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter in Stettin.** Nachdem der Magistrat Ende Juli den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht hatte, beschlossen die Hafenarbeiter, die Lohnbewegung bis zum Zusammentritt der städtischen Körperschaften zu vertagen. Am 11. September sollte diese sich nun mit dem Beschluß des Magistrats befassen. In Aussicht waren gestellt: die Erhöhung des Tagelohns der unständigen Hilfsarbeiter um 20 Pfg., die Erhöhung des Überstundenlohnes von 11 auf 20 Proz. oder eine Lohnerhöhung allgemeiner Art, falls die den Wünschen der Arbeiter mehr entspricht und sie den angesetzten Kosten gleichkommt, Rückwirkung aller Lohnerhöhungen vom 1. August d. Js. Darüber hinaus glaubte der Magistrat nicht gehen zu können, bevor die gemischte Arbeiterlohnkommission gehört worden sei. Die Sitzung der Stadtverordneten brachte aber den Arbeitern eine herbe Enttäuschung. Die Finanzkommission hat in aller Eile eine Sitzung abgehalten, in der dem Antrage des Magistrats zugestimmt wurde. In der Verhandlung trat der Einfluß des Arbeitgeberverbandes klar zutage, der nicht will, daß städtische Körperschaften, etwa gar in festen Tarifverträgen, Löhne festsetzen, die in ihrer Industrie nicht üblich sind. In der Abstimmung fand der Antrag des Magistrats Annahme. Die Hilfsarbeiter erhalten danach 20 Pfg. Zulage, der Zuschlag für Überstunden wird für alle Arbeiter erhöht. Diese Erledigung der Lohnbewegung kann die Arbeiter keineswegs befriedigen; das Gros der städtischen Arbeiter geht leer aus. Nichts hörte man von den seinerzeit im Juli weiter in Aussicht gestellten Zusicherungen, nichts von dem durch die Arbeiter eingereichten Tarifvertrag. Wenn die Unternehmer und deren Anhang glauben, durch ihren Machtspruch dem Magistrat Fesseln anzulegen, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu hintertreiben, so werden die Arbeiter verstehen, auch diesen Kampf zu führen. Sie wissen jetzt, daß nicht der Magistrat, sondern der Deutsche Arbeitgeberverband der Gegner ist, der sich den Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen hindernd in den Weg stellt. Wenn die Herren den Kampf wollen, so sollen sie ihn haben.

**Schuhmacherstreik in Strausberg.** Die gesamte Arbeiterschaft der Firma „Delphin", Schuhfabrik in Strausberg, ist am Montag nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Ausstand getreten, da bisher ein Entgegenkommen des Fabrikanten auf die Wünsche und Forderungen seiner Arbeiter nicht zu erzielen war.

**Streikbrechervermittlung en gros.** Wie wir bereits berichteten, hat die Firma Reichstein, Brennabor-Werke, Brandenburg a. H., in Berlin in der Dessauer Straße 17 ein Streikbrechervermittlungsbureau errichtet. Durch Inserate in der Berliner „Morgenpost" und dem „Lokalanzeiger" wurden dieser Tage wieder Arbeitswillige verlangt. Schon lange bevor die Vermittlung beginnen sollte, waren Massen von Arbeitslosen in der Dessauer Straße versammelt. Gegen ½9 Uhr wurde unter polizeilicher Assistenz das Bureau eröffnet. Wohl an die zehn Polizisten mit Wachtmeister und Polizeioffizier halfen bereitwilligst die ca. 400 Arbeitslosen dem Bureau zuführen. Man sah es den Leuten an, daß sie keine berufsmäßigen Streikbrecher waren, und daß sie sich lediglich von dem Arbeitsangebot haben verleiten lassen. Die Verbandsleitungen der Organisationen, welche an der Brandenburger Aussperrung beteiligt sind, ließen an Ort und Stelle Handzettel verteilen, durch welche den Arbeitsuchenden mit wenig Worten der Sachverhalt mitgeteilt wurde. Sehr viele, wir können zurzeit nicht feststellen, ob nicht die meisten der Arbeitsuchenden, kehrten infolgedessen um und meldeten sich nicht, trotzdem von interessierter Seite verbreitet wurde, daß den Angeworbenen gute und dauernde Arbeit zugesichert werde. Mit Recht sagten viele der Arbeitsuchenden, wenn die Firma solche Löhne zahlen wollte und würde, so hätte sie keine Veranlassung, die alten Leute auszusperren. Wie uns mitgeteilt wurde, soll sogar gegen Mittag die Arbeitswilligenvermittlung unter Beihilfe von reitenden Schutzleuten vorgenommen worden sein. Daß die Firma mit den wahllos engagierten und an Zahl und Qualität völlig ungenügenden Arbeitswilligen ihren Betrieb aufrecht erhalten oder weiterführen kann, wird uns als völlig ausgeschlossen erklärt. Im übrigen kommt es ja auch noch darauf an, wie sich die Verhältnisse selbst in Brandenburg gestalten werden. Wir machen nochmals die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß die Arbeitsannahme nach Brandenburg gleichbedeutend ist mit Streikbruch.

**Strafkammer- und Schwurgerichtsurteil über Landfriedensbruch.** Der Färberstreik in Friedlingen-Basel hat noch immer gerichtliche Nachspiele. Am Freitag verurteilte die Strafkammer Freiburg i. B. vier weitere Angeklagte wegen Landfriedensbruch, weil sie am 30. Mai d. Js. Arbeitswillige, die frühmorgens per Auto in die bestreikte Fabrik gebracht werden sollten, angeblich beschimpften und mit Gewalt zum Aussteigen aus dem Auto veranlaßten. Auch hätten sie eine Eisenschwelle quer über die Straße gelegt, um das Streikbrecher-Fuhrwerk am Weiterfahren zu hindern. Drei Angeklagte wurden zu je 3 Monaten, einer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die etwa sechswöchige Untersuchungshaft wurde allen Angeklagten abgerechnet. Dieses Urteil sticht merkwürdig stark von dem ab, daß das Freiburger Schwurgericht in der gleichen Angelegenheit — nur die Angeklagten wechselten — am 29. Juli dieses Jahres gefällt hat. Das Schwurgericht bezw.

die Geschworenen verneinten das Vorliegen des Landfriedensbruchs und demzufolge betrug die Höchststrafe (Vergehens gegen den § 153 der Gew.-Ordn.) für die damaligen Angeklagten nur 2 Monate, 2 Wochen, die Mindeststrafe 14 Tage. Die Fachleute der Strafkammer aber konstatierten Landfriedensbruch, wenn auch nur einfachen, als vorliegend und demgemäß mußte auf mindestens drei Monate für die Angeklagten erkannt werden. Wieder ein Beweis, wie sehr sich die gelehrten Richter von dem Rechtsempfinden des Volkes entfernen. Der Verteidiger stellte übrigens in dem Freiburger Prozeß vor Gericht fest, daß die vier Angeklagten seit ihrer Ende Juli erfolgten Haftentlassung keine Arbeit mehr gefunden haben, weil sie von der bestreikten Fabrik — übrigens dieselbe, die jüngst den Gendarmen 1000 Mk. anbot, deren Annahme die badische Regierung aber den ihr unterstellten Beamten nicht gestattete — auf die schwarze Liste gesetzt worden sind.

**Streik der Güterbodenarbeiter in Birmingham.** Zwölf Arbeiter vom Güterbahnhof der Midland Railway, die sich angeblich weigerten, die von Liverpool kommenden Güter um- und auszuladen, sind entlassen worden. Darauf haben die anderen Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Gegenwärtig feiern tausend Arbeiter auf dem Güterbahnhof.

## Aus der Partei.

**Gemeindewahlsieg.** In Neuhammer, einem Orte im Oberlausitzer Wahlkreise Rothenburg-Hoyerswerda, beteiligten sich unsere Genossen erstmalig an der Gemeindevertreterwahl. Sie hatten den Erfolg zu verzeichnen, daß sowohl in der 3. Abteilung als auch in der 2. Abteilung u. a. je ein Sozialdemokrat gewählt wurde.

**Totenliste der Partei.** Freitag Nacht starb in Heidelberg ein alter Parteiveteran, der Genosse Fritz Lauber im Alter von 75 Jahren. Seit 1877 war Lauber Mitglied der Partei, er gehörte zu denen, die mit unter dem Sozialistengesetz gekämpft haben. Von 1893—1899 gehörte Lauber dem Bürgerausschuß und von 1899—1904 dem Stadtrat in Pforzheim an. Seit 1904 wohnte Lauber in Heidelberg, woselbst er auch Mitglied des Bürgerausschusses war. Die Partei verliert in Lauber einen pflichteifrigen Genossen.

## Soziales.

**Die „Volksfürsorge" geht ihre Bahn!** Trotz der Gründung verschiedener Gegen-Volksfürsorgen seitens der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, trotz der Unterstützung dieser Gründungen durch die Behörden, die Arbeitgeberorganisationen, die „Gelben", die katholischen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeitervereine und trotz der intensiven gehässigen Bekämpfung der „Volksfürsorge" durch die von diesen Gegnern gespeiste Presse — geht sie ihre Bahn! Die in den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Millionen haben die zum Schutz der Versicherten notwendig gewordene Reform der Volksversicherung eingesehen und die Gründung der „Volksfürsorge" als einen wirklichen, sozialen Fortschritt mit Freuden begrüßt. Überall im Reiche sind deshalb die Träger der Gewerkschaften und Genossenschaften sofort nach der aufsichtsamtlichen Genehmigung und Geschäftseröffnung der „Volksfürsorge" mit Eifer an die Arbeit gegangen, haben von sich aus Rechnungsstellen errichtet, Rechnungsführer und Vertrauensmänner bestellt, die als Beauftragte der Gewerkschaftskartelle und der Konsumvereine die Werbearbeit für die „Volksfürsorge" freiwillig übernehmen. Trotz der völligen Neuheit des Arbeitsgebietes, auf das die Funktionäre gestellt werden, fanden sie bei den Interessenten weitgehendes Verständnis. Wie sehr die „Volksfürsorge" dem Bedürfnis entgegenkam, geht aus der Tatsache hervor, daß beispielsweise die Rechnungsstelle Hannover, die ihre Tätigkeit erst Mitte Juli begann, schon am 24. August die Aufnahme von rund 1000 Versicherungsanträgen mitteilen konnte. Wahrlich ein Zeichen des großen Vertrauens, das die Arbeiterschaft dem neuen Versicherungsunternehmen entgegenbringt! Da im Reiche sicher bald mehr als 600 Rechnungsstellen ihre Arbeit verrichten und dem Beispiel Hannovers folgen werden, ist eine gute Weiterentwicklung zu erwarten!

## Aus Nah und Fern.

**Drama im Landwehroffizierkasino.** Der lippesche Kammerherr Rittmeister d. R. Lothar v. Westernhagen vom Kürassierregiment Nr. 8 hatte sich am Dienstag im Landwehroffizierkasino in Charlottenburg vor dem militärischen Ehrengericht zu verantworten. Er wurde im Anschluß an einen Artikel, der im Mai d. Js. in einem Berliner Wochenblatt erschienen war, von verschiedenen Seiten beschuldigt, allerhand Schiebungen in Titelangelegenheiten vorgenommen zu haben. Westernhagen hatte nun den Portraitmaler Professor Heinrich Maaß als den Schreiber des Artikels in Verdacht. Als nun am Dienstag v. Westernhagen auf dem Korridor des Kasinos mit Professor Maaß, der als Gaste geladen war, zusammentraf, schlug ersterer nach einem heftigen Gespräch den letzteren mit der Faust ins Gesicht. Professor Maaß zog eine Pistole und schoß den Rittmeister nieder. Der Schuß war tödlich.

**Ein heftiges Gewitter** ging vorgestern abend über Berlin nieder. Der Blitz schlug an mehreren Stellen ein, ohne zu zünden. Nach ungefähr anderthalbstündigem Gewitter setzte ein feiner Landregen ein, der den durch das Gewitter verursachten plötzlichen Niedergang der Temperatur aufrechthielt. Durch ein über dem Ober-Rhein herniedergehendes Unwetter wurde in den Obstgärten und Weinbergen großer Schaden angerichtet. Zahlreiche Vögel wurden durch Hagelschlag getötet. In Köln erlitt ein am Telephon beschäftigter Polizeibeamter, als der Blitzstrahl in die Leitung fuhr, einen Nervenschock. Über einen Teil des Kantons Bern ging ein heftiges Hagelwetter nieder. Es herrschte ein furchtbarer Sturm. Die ungeernteten Feldfrüchte wurden vernichtet. Von den Hagelgeschossen, die so groß wie Hühnereier waren, wurden Fische im Wasser erschlagen.

**13 Opfer des Koburger Hauseinsturzes.** Von den bei dem Hauseinsturz Umgekommenen sind noch die Leichen der siebenjährigen Charlotte Beckendorf, des taubstummen Knaben Alfred Alex Richard Schnetter und des Kindes Bauer, das sich während der Katastrophe auf der Straße befand und von den Trümmern erschlagen wurde, geborgen worden. Insgesamt sind 13 Personen bei dem Unglücksfall ums Leben gekommen.

**Selbstmord am Tage vor der Hochzeit.** Die 23jährige Tochter des Landwirts Bechtold in Wemheim a. d. Bergstraße, Eva Bechtold, ließ sich gestern, am Tage vor ihrer Hochzeit, von einem Eisenbahnzuge überfahren. Sie bestellte vor ihrem Tode bei einem Gärtner einen Totenkranz für sich.

**3 Bergleute verschüttet.** Auf dem Schacht „Hermann" wurden, wie aus Selm gemeldet wird, beim Abbau einer Strecke drei Bergleute verschüttet. Einer von ihnen war sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

**Blutiger Wahlkampf.** Bei Neapel hatte der Wahlkampf zwei Bluttaten im Gefolge. Auf dem Wege nach Cassavatore wurde ein Anhänger des bisherigen Abgeordneten mit einem Gefolgsmann des neuen Kandidaten handgemein und schoß ihn nieder. Der Täter heißt Jodice. Freunde des Ermordeten verfolgten ihn, konnten ihn aber nicht finden. Darauf begaben sie sich zur Präfektur, vor der es zwischen den beiden Parteien zu einem wilden Ausbruch des Parteihasses kam. Die Polizei war dagegen machtlos. Als schließlich ein 80jähriger Priester auf die Rampe trat, um das Volk zu beruhigen, traf ihn ein Revolverschuß ins Herz. Nach der Mordtat kam es zu unbeschreiblichen Szenen.

**Autounfall in Paris.** Auf dem Wege von Toulouse nach dem Manöverfelde verunglückte der deutsche Militärattache Major v. Winterfeldt. Als das Militärautomobil, in welchem sich der französische Oberst Dupont nebst den deutschen, russischen und griechischen Militärattaches befanden, die Brücke über den Kanal von Grisolles passieren sollte, platzte die Pneumatik des Wagens und das Automobil stürzte um. Das im Behälter befindliche Benzin floß heraus und geriet in Brand. Major v. Winterfeldt kam unter die Räder des Wagens zu liegen und erlitt schwere Quetschwunden, sowie Brandwunden am Kopfe, während der griechische Militärattache nur leicht am Kopfe verwundet wurde.

**Eifersuchtsdrama.** Aus Paris wird gemeldet: In Agen durchschnitt der ehemalige Gendarm Deyman, ein 58jähriger Mann, seiner 50jährigen Geliebten aus Eifersucht den Hals. Vor mehreren Jahren erdolchte er auf einem Dorfball seine Tänzerin aus Eifersucht. Die Geschworenen hatten ihn damals freigesprochen, weil er ganz im Recht gehandelt hätte.

**Bei einer Bootsfahrt** in der Nähe von Marseille ertranken 3 Personen.

**Gasexplosion.** In dem Naphthawerk der Gesellschaft Neft in Grosnyj (Kaukasus) sind durch eine Gasexplosion drei Arbeiter getötet und mehrere verletzt worden.

**Eingestürzter Schornstein.** Ein Schornstein der Werkstätten der Workington Iron & Steel Company ist eingestürzt. Fünf Personen kamen dabei ums Leben, etwa 20 wurden verletzt.


**Väter und Mütter der Arbeiterschaft!**

**Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den :: Veranstaltungen der ::**

**Freien Jugend Lübecks!**


**Dammbruch eines belgischen Kanals.** Der Damm des Kanals von Pommeroeul nach Antoing ist in einer Länge von zwölf Metern eingesunken. Eine ungeheure Wassermenge hat sich auf das Land ergossen und ist in die Kohlenwerke und in die Häuser eingedrungen. Der Kanal ist in einer Ausdehnung von zehn Kilometern ohne Wasser. Mehrere Schiffe sind auf Grund geraten.

**Erdbebenkatastrophe im Stillen Ozean.** In San Franzisko lief die Nachricht von einem vulkanischen Ausbruch im Pazifischen Ozean ein, dem die Hope- und Falcon-Inseln der Tonga-Gruppe, die zu den Freundschaftsinseln gehört, zum Opfer fielen. Der Verlust an Menschenleben soll verschiedene hundert betragen. Die Nachricht wurde von dem Kapitän des Dampfers „Enonia" gebracht, der von Sydney, Neusüdwales, gekommen war. Wie er erklärt, sind außer den eingeborenen Polynesiern auch einige Weiße umgekommen. Ein derartiges Ereignis ist in dem südpazifischen Meer keine Seltenheit. In den fünfziger Jahren wurde diese Gruppe, die auf halbem Wege zwischen Neukaledonien und den Fidschi-Inseln liegt, schwer durch Erdbeben heimgesucht, und verschiedene fruchtbare Inseln sind fast vollständig zerstört. So zum Beispiel verschwand die Insel Wesley ebenso schnell, wie sie entstanden war. Im Jahre 1886 bildete sich infolge eines vulkanischen Ausbruchs die fünfzig Fuß hohe Niuafodu-Falcon-Insel. 1895 jedoch war sie schon wieder vollständig fortgespült. Andere Beispiele hierfür sind die Insel Sabrina, die sich 1811 auf der Höhe der Azoren bildete, aber nur kurze Zeit existierte, und die Grahams Insel, die 1831 im Mittelländischen Meer zwischen Sizilien und der afrikanischen Küste aus dem Meere auftauchte. Diese Insel bestand fast vollständig aus Asche und erreichte eine Höhe von 200 Fuß. Sie wurde jedoch schnell vom Meere verschlungen und war in drei Monaten nur noch eine Sandbank. Während des San-Franzisko-Erdbebens im Jahre 1906 entstand gleichfalls eine neue Insel, die den Namen Perrys Insel erhielt.

**Von einem Geistlichen ermordet.** Aus Neuyork meldet „Associated Preß": Vor etwa acht Tagen wurde im Hudson River die zerstückelte Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden, das Geheimnis dieses Leichenfundes ist nun gelüftet. Der Geistliche Reverend Hans Schmidt von der Pfarrei St. Joseph wurde verhaftet. Das Mädchen heißt Anna Aumüller, sie war früher in der St. Bonifaziuspfarrei bedienstet, wo Schmidt damals im Amte war. Die Polizei sagt, Schmidt habe das Verbrechen eingestanden. Der Täter ist 1881 in Aschaffenburg geboren, war nach seiner Ordination in Darmstadt tätig und kam 1909 nach Neuyork. Zu der Mordtat des Geistlichen Schmidt meldet die „Aschaffenburger Zeitung": Die in Aschaffenburg wohnenden Eltern und Verwandten des Pfarrers Schmidt erfuhren erst am 15. September mittags aus den Zeitungen von der furchtbaren Tat. Sie halten Schmidt nicht für geistig normal, da in der Familie wiederholt Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen sind. Am 14. September früh kam bei seinen Eltern eine von ihm gesandte Ansichtskarte an, in der er schrieb, er freue sich auf ein baldiges Wiedersehen und den Aufenthalt in Aschaffenburg. Schmidt war seinerzeit entgegen seinem eigenen Willen, dem Wunsche der Mutter sich fügend, Geistlicher geworden. Kaplan Schmidt hat in Mainz das Gymnasium besucht. 1907 erhielt er die Priesterweihe und bekleidete verschiedene Kaplanstellen, so in Darmstadt, Bürgel, Seligenstadt und Gonsenheim, von wo er sich 1909 ohne Aufenthaltsangabe entfernte. Wie das „Mainzer Journal" meldet, war Kaplan Schmidt in München wegen verschiedener Betrügereien verhaftet, aber wegen geistiger Minderwertigkeit freigesprochen worden. Daraufhin war er nach Amerika ausgewandert. Die ermordete Anna Aumüller stammte nach den Angaben ihres Vetters Joseph Igler aus Oedenburg in Ungarn. Nach einer weiteren Meldung hatte der Mörder sein Opfer in sieben Teile zerlegt und war siebenmal in der Mordnacht zum Hudson gefahren. Vom Fährboot aus warf er die Stücke in die Mitte des Flusses und verbrannte die Matratze hinter dem Missionszelt. Unter den Sachen des Mörders wurden 500 Karten gefunden mit der Aufschrift: „Doktor Emil Moliere, Assistent Chirurg im Gemeindefrauenspital, Paris, und Vertreter der Chemisch-hygienischen Gesellschaft". Auch Abtreibungsmittel wurden im Pfarrhaus gefunden. Der Mörder war vier Jahre im Priesteramt in Amerika tätig.

## Genossenschaftsbewegung.

**Verteuern die Metzger das Fleisch?** Ueber die Verhältnisse im Fleischergewerbe machte Stadtrat Steinborn in der „Deutschen Wirtschaftszeitung" Bemerkungen, die dahin gingen: Die immer häufiger zu beobachtende Sucht der Fleischer, durch luxuriöse Ladenausstattung, Beleuchtung und anderes mehr Kunden heranzuziehen, wird in überflüssiger Weise zur Fleischverteuerung beigetragen. Stadtrat Steinborn ist der Ansicht, daß diese kleinen Ladenbetriebe meist nicht nur nicht erfolgreich bestehen können, sondern auch für die dauernde Versorgung unserer Haushaltungen mit dem wichtigsten Volksnahrungsmittel ungeeignete Einrichtungen sind.

Seine Darlegungen ergänzt der Verfasser nunmehr in der „Deutschen Wirtschaftszeitung" durch folgende Bemerkungen:

> In meiner Untersuchung habe ich auch auf Fehler und Mängel in der Viehverwertung und Fleischverteilung hingewiesen. Grund hierfür war mir die Erwägung, daß bei der unleugbaren Viehknappheit alles vermieden werden muß, was zu unnützer Verteuerung des Fleisches beiträgt. Die Kritik, die sich an meine Ausführungen knüpfte, hat mir im allgemeinen recht gegeben. Aus Großschlächterkreisen wird mir nachträglich als wundester Punkt die Kreditfrage eines großen Teiles der Ladenschlächter bezeichnet. „Kassageschäfte", heißt es hier, würden immer seltener, und die aus den Kreditgeschäften entstehenden großen Verluste müßten notwendigerweise zur Fleischverteuerung beitragen. Uebrigens wurde die Unzulänglichkeit der Betriebsmittel im Fleischerhandwerk auch auf dem Kasseler Verbandstag als „kritisch" bezeichnet.
>
> In diesem Punkte unterscheiden sich die Fleischerei betreibenden Konsumvereine jedenfalls sehr vorteilhaft von den Privatunternehmern.

**Die Konsumvereine als Steuerzahler.** Wer nicht gerade von Beruf Mittelstandsretter ist, braucht über das Thema, ob und wieviel Steuern die Konsumvereine zahlen, keine Aufklärung. Der Geschäftsbericht jedes Konsumvereins gibt über den Punkt erschöpfenden Aufschluß. Aber die Spekulation unserer Retter des Kleinhandels vor der Konsumvereinsgefahr auf die Denkbequemlichkeit vieler Zeitgenossen hat leider noch viel zu viel Erfolg. Zwar kann nichts die schwache Stellung der Konsumvereinsgegner besser zeigen als die stetige Wiederholung der albernen Geschichte von der „Steuerfreiheit" der Konsumvereine. Aber, wie gesagt, die nun einmal bei vielen Menschen vorhandene Trägheit im Denken nötigt immer wieder dazu, mit einigermaßen gemischten Gefühlen auf die Steuerleistungen der Konsumvereine hinzuweisen. Die Statistik der preußischen Einkommensteuerveranlagung für 1912, ein Dokument, vor dem unsere Mittelstandsleute hoffentlich den nötigen Respekt aufbringen, weiß entschieden mehr von der Besteuerung der Konsumvereine zu berichten, als unsere Kleinhändler gemeinhin ihren Gläubigern erzählen. Die Statistik ermöglicht zu gleicher Zeit auch einen sehr belehrenden Vergleich zwischen Konsumvereinen und anderen Genossenschaften in beider Eigenschaft als Steuerzahler. Die „Soziale Praxis" schreibt:

> Die Besteuerung der Konsumvereine in Preußen erhellt aus der Statistik der preußischen Einkommensteuerveranlagung für 1912. Danach waren von rund 16 000 Genossenschaften, die nicht der Konsumdeckung dienten, nur 1929 steuerpflichtig, und dies allein aus dem Grunde, weil ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis der Mitglieder hinaus ausgedehnt ist. Von diesen 1929 steuerpflichtigen Genossenschaften war die Hälfte von der Steuerzahlung befreit, weil ihr Einkommen 900 Mk. nicht erreichte. Dagegen waren fast sämtliche vorhandene (1216) Konsumvereine steuerpflichtig, obwohl sie ihre Tätigkeit auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkten. Der Besteuerung unterlagen nicht, weil sie das Einkommen von 900 Mk. nicht erreichten, 278 Vereine, meistens kleine ländliche Konsumvereine. Von den übrigen 938 Konsumvereinen wurden einschließlich der Zuschläge 501 340 Mark erhoben, von den anderen Genossenschaften dagegen nur 332 608 Mark. Das Geschäftskapital der Konsumvereine beträgt rund 2½ Millionen Mark, das der anderen Genossenschaften aber 59½ Millionen Mark.
>
> Mit dieser nüchternen Feststellung vergleiche man das Gerede der Mittelstandsleute und der ihnen ergebenen Presse von der „Steuerdrückebergerei" der Konsumvereine!


Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

6004

sich, und Scham wie Angst bemächtigen sich seiner. Ist er unbeobachtet, spricht er fließend; tritt er aber unter Menschen, so gerät er in die alte Depression. Er achtet nicht auf den Atem, er preßt und drückt auf die Stimme, er verzerrt das Gesicht und fuchtelt mit den Armen — alles nützt ihm nichts: solange er in der Zwangsvorstellung lebt, daß er stottere, wird er tatsächlich stottern; die Sprechangst ist es, die ihn zum Stotterer macht.

Auf demselben Wege, wie der Stotterer zu seinem Leiden gelangt ist — nur in umgekehrter Richtung —, kann er davon befreit werden. Das ist die einzige sichere Methode der Stotterheilung. Keine operativen Eingriffe, keine Lese- und Lautierübungen, keine mechanischen Hilfsapparate — wohl aber seelische Beeinflussung, Stärkung des Selbstvertrauens, Erhöhung des Kraftbewußtseins, Beseitigung der Nervosität durch gute Luft, Ruhe, Hautpflege und zweckmäßige Ernährung und Beschäftigung, alles zu dem Zwecke, die Zwangsvorstellung zu beseitigen.

Ist sie beseitigt, hört auch das Stottern auf.

---

### Schwangerschaftsfürsorge.

Die zahlreichen Störungen in der Schwangerschaft und im Wochenbett machen nach den Ausführungen Dr. Amand Rouths im „Brit. med. Journal" eine Beratung und Ueberwachung der Frauen schon während der Schwangerschaft notwendig. So sollten besonders regelmäßig Urinuntersuchungen, in geeigneten Fällen auch Harnstoffbestimmungen, bei vorausgegangenen Aborten Untersuchung auf Syphilis ausgeführt werden. Die besten Resultate würde die Unterbringung der Frauen schon vor der Entbindung in Schwangerschaftskliniken ergeben. Eine auch nach der Geburt fortgesetzte häusliche Kontrolle soll eine rationelle Säuglingssterblichkeit erstreben.

## Kleines Feuilleton.

### Ein Fall von Scheintod.

Auf dem Friedhofe der Prager Vorstadt Weinberge spielte sich am Sonntag eine aufregende Szene ab. In der Friedhofskapelle fand gerade ein Leichenbegängnis statt, als die Trauergäste aus einem Kindersarge, der auf einer Bahre lag, ein deutlich hörbares Geräusch vernahmen. Die Friedhofsbeamten öffneten sofort den Sarg, in dem die 9 Jahre alte Hausbesitzerstochter Wlasta Stepanek leblos und auf der Brust liegend aufgefunden wurde. Das Kind wurde sofort mittels Automobils in das Weinberger Krankenhaus übergeführt, wo die verschiedensten Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, welche aber trotz der geringen Lebenszeichen, die das Kind von sich gab, erfolglos blieben. Es handelt sich um einen Fall vollständiger Körperstarre, die infolge einer schweren Erkrankung aufgetreten war, wodurch die Herztätigkeit ausgesetzt hatte und auch die Aerzte irregeführt wurden. Im Sarg war anscheinend die Starre einen Augenblick gewichen und das Kind hatte sich umgedreht. Die Leiche wurde dann, nachdem der eingetretene Tod einwandfrei festgestellt war, in die Totenkammer gebracht.

---

### Nasensteine.

In der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" berichtet Dr. Heinemann-Berlin über Nasensteine. Kleine Kinder stecken sich bekanntlich häufig Fremdkörper aller Art: Erbsen, Bohnen, kleine Steinchen, Knöpfe und dergleichen in Ohr und Nase. Fremdkörper, die in der Nase liegen bleiben, verbinden sich mit der Zeit mit Kalksalzen und bilden so den Kern der Nasensteine. Die Nasensteine enthalten ausnahmslos einen Fremdkörper im Innern. Ist der abgelagerte oder umhüllende Kalk sehr porös, so siedeln sich in den Poren die in Mund und Nase weitverbreiteten Stinkbakterien an und verbreiten Düfte, die nur noch vom Geruch der syphilitischen Stinknase übertroffen werden. Ist der Stein kompakt, so kann der üble Geruch fehlen. Es bestehen dann nur die Zeichen einer einseitigen Nasenaffektion, die immer auf Fremdkörper verdächtig ist.

---

### Von der Suppe in der Westentasche,

so überschreibt Dr. A. Hasterlik seinen lebensvoll geschriebenen Aufsatz in dem neuen Septemberheft des Kosmos-Handweisers (jährlich 12 Hefte und 5 Buchbeilagen für nur 4,80 Mk.), in dem er allerlei Interessantes von der Herstellung der bekannten Suppenwürfel zu erzählen weiß. An anderer Stelle erfahren wir von Dr. M. Schottelius, wie die schmackhaften Bananen, die so schnell sich den ganzen Weltmarkt erobert haben, gezogen, geerntet und versandt werden. Auch Dr. E. Carthaus hat einen hübschen Artikel beigesteuert, in dem er den größten Sprechkünstler unter der gefiederten Welt, den Vogel Béo, schildert; zwar ist das Kleid des Béo nicht so farbenprächtig, wie das des bei uns so beliebten Papageis, dafür aber übertrifft er diesen bei weitem durch seine Fertigkeit, selbst Tierstimmen nachzuahmen, Lieder zu singen und ganze Satzreihen herzusagen. Sehr beachtenswert ist der Aufsatz „Menschenschutz in unseren Kolonien", in dem Krämer-Bannow mit warmen Worten mehr Verständnis für die ursprünglichen Sitten der Eingeborenen zu wecken sucht und der reich illustriert ist. Mit ebendiesem Hefte erhielten außerdem die regelmäßigen Bezieher des Kosmos die 4. Buchbeilage dieses Jahres „Atome und Moleküle" von Dr. A. Zart. Wer sich immer für die Erforschung und Darstellung der Naturkunde interessiert, wird aus dem Kosmos viel Neues lernen und manche Anregung empfangen.

---

### Die Alten und die Jungen.

„Unverständlich sind uns die Jungen"
wird von den Alten beständig gesungen;
meinerseits möcht ich's damit halten:
„Unverständlich sind mir die Alten."
Dieses am Ruderbleibenwollen
in allen Stücken und allen Rollen,
dieses sich Unentbehrlichvermeinen
samt ihrer „Augen stillem Weinen",
als wäre der Welt ein Weh getan —
ach, ich kann es nicht verstahn.
Ob unsre Jungen, in ihrem Erdreisten,
wirklich was Bessres schaffen und leisten,
ob dem Parnasse sie näher gekommen,
oder bloß einen Maulwurfshügel erglommen,
ob sie, mit andern Neusittenverfechtern,
die Menschheit bessern oder verschlechtern,
ob sie Frieden ja'n oder Sturm entfachen,
ob sie Himmel oder Hölle machen —
eins läßt sie stehn auf siegreichem Grunde
sie haben den Tag, sie haben die Stunde,
der Mohr kann gehn, neu Spiel hebt an,
sie beherrschen die Szene, sie sind dran.

Theodor Fontane.

## Heiteres.

**Ein Nobler.** Arrestant: „Na, eine neue Uniform könnte Ihnen die Behörde auch mal bewilligen, Herr Gendarm; man muß sich ja rein genieren, mit Ihnen über die Straße zu gehen!"

**Berechnung.** Fernrohrbesitzer: „Lassen Sie den Jungen doch mal die Sterne betrachten; sehr lehrreich für die Jugend!" — „Hm, aber zwanzig Pfennige!" — „Billiger kann ich's nicht machen! Da kommt aufs Tausend noch nicht 'n Pfennig!"

**Ein Muster.** „Mein Mann ist wirklich ein Juwel! Als ihm neulich auf der Reise das Geld ausging, versetzte er seinen Trauring; dafür hat er sich den Pfandschein um den Finger gewickelt!"

**Vorgebeugt.** „Ein Rittergut hat der Bankier Meierfeld seinem Schwiegersohn gekauft? Für so unbedacht hätte ich ihn nicht gehalten!" — „O, er hat das Gut so hoch belastet, daß sich beim besten Willen keine neuen Schulden mehr drauf aufnehmen lassen!"

**Gewissenhaft.** — „Ist Ihr neuer Diener auch zuverlässig, Herr Baron?" — „Aber sicher! Jedes Trinkgeld, das er bekommt, vertrinkt er auch gewissenhaft!"

**Der Zeit angepaßt.** — „So, Sie haben Ihre geschulten Arbeiter entlassen?" — „Ja, wir fertigen nur noch fehlerhaftes Porzellan zum Zerschlagen bei Kinoaufnahmen an!"

**Billiges Verlangen.** Angler (zu dem ihm zuschauenden Herrn): „Sie stehen doch jeden Tag hier am Fluß, warum nehmen Sie nicht auch eine Angelkarte zu fünf Mark?" — „O, ich schaue ebenso gerne zu!" — „Na, dann sollten Sie wenigstens die Hälfte der meinigen mitbezahlen!"

**Daher.** „Hören Sie nur, wie die See brüllt." — „Ja, ich weiß. Meine Frau wird gerade drin sein."

**Der Erste.** Patient: „Ich hatte dem Herrn Doktor geschrieben, daß ich ihn heute konsultieren würde — er erwartet mich wohl?" — Diener: „Seit drei Monaten!"

**Gut gesagt.** — „Der Direktor vom Elektrizitätswerk soll plötzlich flüchtig geworden sein?" — „Ja, er ist in den „Wechselstrom" geraten!" (Aus „Meggendorfer Blätter.")

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.


# Unterhaltungsblatt
## des Lübecker Volksboten.

Nr. 37. Mittwoch, den 17. September 1913.


## Das Glücksschwein.

Von Edgar Byk.

Matthias Thamerer dachte: „Nein, das Leben hat keinen Zweck, man sollte doch heiraten." Da hörte er ein furchtbares Getöse, ein schreckliches Poltern, Knacken und Krachen, einen vielstimmigen halbverschlungenen Schrei, in den sich — unbewußt — seine eigene Stimme mischte, und dachte: „Ein Eisenbahnunglück!" Im selben Augenblick fühlte er, wie sich der Waggon steil aufrichtete, die Kupeetür flog auf, er spürte eine heftige Erschütterung, hörte ein ungeheures Aufklatschen und begann Wasser zu schlucken. Die alte Eisenbahnbrücke war unter dem Gewicht des Zuges eingestürzt.

Gleich darauf faßte ihn ein Wasserwirbel und riß ihn nach oben. Er schnappte nach Luft, schrie verzweifelt um Hilfe, machte ein paar ungeschickte Bewegungen und begann wieder zu sinken und wäre, da er nicht schwimmen konnte, sicherlich ertrunken. Aber da fühlte er neben sich etwas Weiches, Lebendiges. In seiner Todesangst klammerte er sich heftig daran; ein wilder, grunzender Schrei ertönte, er fühlte einen wahnsinnigen Schmerz in seinem rechten Oberarm und sah, daß ein großes, ungeheuer fettes Schwein sich krampfhaft in ihn verbissen hatte. Aber von Schmerz und Schrecken entkräftet und betäubt, vermochte er es nicht, sich zu wehren; überdies merkte er, wie das Schwein, teils selbst schwimmend, teils durch das eigene Fett und von der Strömung getragen, sich allmählich dem Ufer näherte und dabei, in ihn verbissen, ihn mitzog. Landleute und Arbeiter, die von fern das Unglück bemerkt hatten und herbeigeeilt waren, sahen mit Staunen das Wunder seiner Rettung mit an, und als er dem Ufer nahe genug war, zogen sie ihn und das Schwein völlig aufs trockene Land. Das Schwein hatte, als es Boden unter den Füßen fühlte, ihn losgelassen und war mit wütenden Schreien und Grunzen über die Felder davongerannt. Matthias Thamerer wurde ohnmächtig. Er erwachte erst wieder, als ihn die Sanitätsdiener des inzwischen eingetroffenen Hilfszuges aufhoben und auf einer Bahre vor die Aerzte trugen. Die hilfeleistenden Arbeiter und Bauern erzählten heftig gestikulierend die Geschichte seiner Rettung. Der Arzt beugte sich über seine Wunde. Thamerer hörte noch, wie der Arzt lächelnd sagte: „Das nenne ich aber ein Glücksschwein!", dann wurde er vor Schmerz wieder ohnmächtig.

Aber das Wort vom Glücksschwein sprach sich herum.

Als er in dem kleinen Krankenhause in Linz, in dessen Nähe sich das Unglück begeben hatte, aus seiner Ohnmacht erwachte, hörte er ein allgemeines, lautes und anhaltendes Gelächter; und als er mit seinen Augen den Blicken und Gebärden der Lacher folgte, bemerkte er ein ungeheures rosig angemaltes Schwein aus Pappendeckel, das über seinem Bette an einer Schnur von der Decke herabbaumelte. Um den fetten Hals war ein rotes Band geschlungen, an dem ein leuchtend grünes vierblättriges Kleeblatt aus Papier hing. Die Fenster waren infolge der milden Witterung geöffnet und in dem leichten Luftzug drehte sich das Schwein und zeigte ihm bald die grinsende Schnauze, bald das fette Hinterteil mit dem lustig geringelten Schwänzchen. Die in dem Saale befindlichen meist nur leicht Kranken fachten gegenseitig die Heiterkeit der schon Ermüdenden mit Lachen und Zurufen immer wieder aufs neue an; und wenn es manchmal schien, als wolle das lärmende Lachen ein wenig verstummen, so brauchte nur einer „So ein Glücksschwein!" zu rufen, um den allgemeinen Sturm der Heiterkeit wieder in verdoppelter Stärke zu erwecken. Thamerer schloß die Augen und begann das Wunder seiner Rettung, wenn auch nicht zu verwünschen, so doch als etwas beschämend Lächerliches zu empfinden.

In diesem Augenblick trat der Arzt in den Saal, und als er das Schwein bemerkte, ließ er es, erzürnt über diesen Unfug, von den Wärtern hinaustragen und verbrennen. Thamerer wurde auf seine Bitte und da er sich außerdem bereit erklärte, zu zahlen, aus diesem Krankensaal, in dem nur gänzlich Unbemittelte und fast lauter ungebildete Leute waren, hinausgetragen und in den zweiten Stock — den sogenannten Zahlstock — gebracht.

Aber auch hier hatte er nicht lange Ruhe, die Geschichte seiner wunderbaren Rettung wurde nach wenigen Tagen auch unter seinen neuen Zimmergenossen bekannt und allgemein bewitzelt. Und als er eines Tages den Arzt um etwas abwechslungsreichere Kost, besonders um häufigeren Geflügelbraten bat, ereignete sich folgendes: Es war da in diesem Saal ein Schauspieler vom Linzer Stadttheater, der einen gebrochenen Fuß hatte — eine Kulisse war während einer Probe eingestürzt und auf ihn gefallen — und schon in einem sogenannten Gehverband im Zimmer umhergehen durfte. Dieser nun schob sich, als Thamerer eben seine Bitte aussprach, zwischen ihn und den Arzt und sagte in einem halb grunzenden, halb rührenden Tone: „Er verträgt halt kein Schweinefleisch, Herr Doktor!" Er war sonst auf der Bühne ein ziemlich mittelmäßiger Komiker; dies hier aber brachte er mit so unendlich komischem Ausdruck und einer so grotesken, zu einem Rüssel verzogenen Grimasse vor, daß alle, selbst der Arzt, in schallendes Gelächter ausbrachen. Ja der Arzt lachte sogar so sehr und so lange, daß ihm die Tränen kamen.

Da begann Thamerer in Wut und Scham sein Glück und seinen Lebensretter zu verwünschen. Am nächsten Tage wurde er, auf seine dringende Bitte hin, als geheilt entlassen. Obwohl er den Arm nicht mehr in der Schlinge, sondern nur einen leichten Verband unter dem Hemde — also unsichtbar — trug, zögerte er doch, und zwar in einer leichten, wohl begreiflichen Furcht vor der Eisenbahn, mit der Abreise. Also zog er vorderhand in ein kleines Hotel. Als ihm aber am ersten Sonntag schon der Kellner mit leichtem Schmunzeln Schweinsbraten antrug, beschloß er, noch denselben Tag abzureisen, und fuhr mit dem Donaudampfer nach Wien. Sich der Eisenbahn anzuvertrauen hatte er denn doch nicht über sich zu bringen vermocht.

Er war froh, diesem Orte, in dem jeder seine lächerliche Errettung kannte, zu entkommen und sich wieder der Hauptstadt zu nähern, wo sich niemand um ihn und seine Erlebnisse kümmerte, da er keinerlei Verwandte noch Freunde besaß, außer einer alten, schon fast greisen Tante, die in ihrer Frömmigkeit es höchstens als eine große Gnade und ein Wunder Gottes auffassen, es aber niemals komisch zu finden wagen würde. Im übrigen beschloß er, über die Geschichte seiner Rettung allen gegenüber das strengste Stillschweigen zu bewahren. Aber er hatte nicht an die Reporter und an die Zeitungen gedacht. Diese haben natürlich spaltenlange Berichte über das große Eisenbahnunglück und über die Rettungsarbeiten gebracht und insbesondere über die wunderbare Rettung des Herrn Matthias Thamerer, Zollbeamten in Wien. Und auch das Wort „Glücksschwein" hatte sich mehr oder minder humoristisch verbrämt, aber in allen diesen Berichten vorgefunden. Und ein jüngerer, in den Redaktionen als sehr talentiert bekannter Mensch, der auch über Kant und über verstorbene Prinzessinnen schrieb, hatte sogar ein Feuilleton mit dem Titel: „Das Glücksschwein" verfaßt, das mit den Worten begann: „Wie eine amoureuse Frau . . ." und mit dem Geistesblitz: „Das Leben geht weiter" endete. Kurz, Matthias Thamerer war in Wien fast so populär wie Lehar.

Und so kam es, daß sein Vorgesetzter, der gern literarische Anspielungen machte, um seine für einen Zollbeamten ungewöhnliche Belesenheit zu zeigen, ihn am nächsten Morgen, da Thamerer sich als wiederhergestellt zum Dienst meldete, lächelnd mit den Worten begrüßte: „Sie sind ja ein reiner Glücksritter von Schweinichen!"

Thamerer bekleidete nur ein untergeordnete Stelle bei der Zollbehörde, der Chef war der Lenker seiner Geschicke und so biß er sich auf die Lippen und lächelte höflich zu diesem Scherze.

Als er hierauf in sein Bureau kam, begrüßten ihn seine Amtskollegen mit einem gutmütig dröhnenden Gelächter.

schüttelten ihm freundlich die Hand und beglückwünschten ihn zu der „Sau", die er gehabt habe. Nachdem aber die ersten Begrüßungen abgetan waren, nötigten sie ihn, auf einem Sessel Platz zu nehmen, indes jeder der anderen einen Stuhl herbeizog und alle sich im Halbkreis um ihn ordneten. Und einer unter ihnen, der Aelteste, der auch hierdurch eine gewisse Autorität über die anderen besaß, ein kleiner, dicker Herr mit roten, glänzenden Backen, einem weißen Schnurrbart und einem Brillantring am kleinen Finger, klopfte sich auf die Schenkel und rief: „Also, Thamerer, jetzt erzähl'n S' uns amal or'ntlich die G'schicht' mit dem Glücksschwein!" Thamerer wurde blaß und die Tränen stiegen ihm in die Augen. Die anderen waren zuerst betreten und sahen sich verwundert an, dann aber, um gewissermaßen die durch sein sonderbares Benehmen hervorgerufene allgemeine Verlegenheit zu verbergen, drangen sie lachend in ihn:

„Aber Thamerer, was ist Ihnen? . . . Was hab'n S' denn? . . . Hat Ihna wer was tan? . . . Aber was fallt Ihna denn ein! . . . A Mensch mit so an' Glücksschwein! . . . Also gehn S', erzähl'n S' doch! . . ."

Aber wütend sprang Thamerer auf:

„Gar nichts erzähl' ich! In Ruah sollts mi lassen!" und stürzte an seinen Schreibtisch, um seine aufs neue aufsteigenden Tränen zu verbergen, und begann mit geschäftigen Bewegungen in den dort noch umherliegenden alten Akten zu stöbern.

Verblüfft sahen sich die anderen an, einige zuckten die Achseln und einige deuteten sogar mit überlegener Miene auf ihre Stirnen. Und niemals mehr fiel in seiner Gegenwart das Wort vom Glücksschwein. Desto häufiger aber hinter seinem Rücken; ja es hatte sich sogar der Scherz eingebürgert, daß man nicht mehr, wenn man von einem sagen wollte, daß er besonderes Glück habe, wie früher den Ausdruck gebrauchte: „Hat der aber ein Schwein!", sondern einfach „So ein „Thamerer" sagte.

Dies alles wußte er wohl und es quälte ihn und verbitterte ihm das Leben. Und er, der früher ein heiterer, lieber Mensch gewesen war, wurde mürrisch und ein Menschenfeind; denn ob es nun seine Zimmervermieterin, oder seine Bedienerin oder die Hausmeistersleute waren, immer las er von aller Mienen das eine Wort: „Glücksschwein!"

Aber die Zeit verging, es gab neuere, ebenso wichtige Ereignisse im Wiener Gesellschaftsleben und in der Politik, man begann schon allmählich die Geschichte zu vergessen; auch Thamerer wurde wieder ruhiger und umgänglicher und alles wäre vielleicht noch ganz gut geworden, wenn nicht etwas dazwischen gekommen wäre, das Thamerer ganz niederwerfen sollte.

Es war ungefähr anderthalb Jahre nach jenem Eisenbahnunglück und Thamerer saß ganz heiter und gut gelaunt im Bureau, als ein blondes hübsches Fräulein in den Revisionsraum kam, um ein Paket, das aus Deutschland für sie eingetroffen war, abzuholen.

Sie hieß, wie aus der Postbegleitadresse zu ersehen war, Schwandtner, Fräulein Grete Schwandtner. Thamerer half dem Fräulein beim Oeffnen des Pakets und da sie sehr hübsch und dumm war, so kamen sie bald in eine angeregte Unterhaltung. Ihr Vater war pensionierter Postbeamter und der Bruder in Deutschland in einem Engros-Tuchwarenhause und der sendete ihr auch diese Stoffe für zwei Kleider. Es war nur Baumwolle minderer Qualität, so daß der Zollsatz ein ganz geringer war. Erfreut darüber und entzückt von diesem liebenswürdigen Zollbeamten, forderte sie ihn auf, am nächsten Sonntag mit ihr und ihrem Vater und ihrer Mutter einen Ausflug zu machen.

Am Sonntag stellte er sich denn auch in einem noch ganz leidlichen Sportanzug mit kurzen Hosen und einem grünen Steirerhut pünktlich bei der Elektrischen am Mariahilfergürtel ein. Thamerer fand allgemeinen Anklang, ja Fräulein Grete ließ sogar die Bemerkung fallen, er sei in dem Sportanzug viel fescher als in der Uniform. So fuhr man in bester Laune nach Pötzleinsdorf, von wo dann Thamerer abends unrettbar in das kleine blonde Mädel verliebt zurückkam.

Und so war es nun jeden Sonntag. Man fuhr irgend wohin hinaus und ging dann durch den Wald, über die Wiesen und oft bis durch die Straßen der Stadt nach Hause. Regnete es jedoch, so kam Thamerer zu den Schwandtners zum Kaffee und blieb dort den Nachmittag über, oft auch noch zum Nachtmahl.

Und so kam es, daß er eines Abends auf dem Nachhausewege — die Eltern waren weit voran, da die beiden jungen Leute beim Blumenpflücken zurückgeblieben waren —, durch die milde Luft und den genossenen Wein in eine weiche, ein wenig sentimentale Stimmung versetzt, dazu bis über die Ohren in das blonde Mädel verliebt, sie umfaßte und küßte.

Am Sonntag darauf brachte Thamerer auf dem Heimweg seine Werbung bei Herrn Schwandter vor, die wohlgefällig aufgenommen wurde, und da einer Heirat nichts im Wege stand, beschloß man, in acht Tagen die Verlobung zu feiern. Grete soll ein paar Freundinnen und deren Eltern, Matthias, wie er nunmehr genannt wurde, einige Bureaukollegen mitbringen. Thamerer schwamm, wie er sich ausdrückte, in einem Meere von Seligkeit.

In fröhlichster Laune fanden sich alle am nächsten Sonntagabend bei Schwandtners ein. Das Brautpaar wurde beglückwünscht, Reden wurden gehalten und nach dem Gänsebraten sollte sogar Champagner kommen, den Thamerer in seinem Glückstaumel spendiert hatte. Er wollte es sich nicht nehmen lassen, ihn selbst zu öffnen. Und während er in die Küche ging, um nachzusehen, ob der Champagner auch genügend eingekühlt sei, stellten seine Kollegen ein ungeheures Glücksschwein mit einem Spalt auf dem Rücken als Sparkasse für den zu gründenden Haushalt vor Thamers Platz auf den Tisch, und da es sich dabei herausstellte, daß die Schwandtners noch gar nicht die Geschichte seiner wunderbaren Rettung kannten, wurde sie in aller Eile von jenem kleinen dicken Herrn mit den roten glänzenden Backen und dem Brillantring am kleinen Finger erzählt.

Grete schüttelte sich vor Vergnügen über die komische Geschichte und als Thamerer hereinkam, stürzte sie ihm lachend an den Hals, ein über das anderemal rufend: „Nein, so ein Glück! So ein Glück!" Er sah das Schwein auf dem Tische und wurde blaß. Plötzlich aber, wie überwältigt von der Komik ihres eigenen neuen Gedankens, warf sich die kleine hübsche Grete fassungslos und beinahe unsinnig vor Lachen auf einen Sessel und fast erstickend vor Gelächter, floßweise, gewissermaßen schluchzend, brachte sie die Worte hervor: „Gott, er verdankt einem Schwein das Leben! . . . Ich verdanke meinen Bräutigam einem Schwein!"

Da sah Thamerer, daß er von dem Fluche der Lächerlichkeit nie mehr loskommen könne, und verließ wortlos das Zimmer . . .

Vergeblich warteten sie, daß er zurückkommen solle, vergeblich suchten und riefen sie nach ihm. Matthias Thamerer war nach Hause gegangen und hatte sich, ohne erst Licht zu machen, mit seinen Hosenträgern am Fensterkreuz erhängt.

# Wenn ihr euch zur Tat entschließt.

Wenn ihr euch zur Tat entschließt. Wenn ihr eurem Beschluß unzweideutigen Ausdruck gebt. Wenn ihr beweist, daß es gefährlich ist, euch entgegenzutreten. Dann wird das alte System verschwinden. Dann werden die Träume erfüllt. Dann wird die Ungerechtigkeit Abbitte tun und entsagen. Dann, erst dann. Solange ihr euer selbst unsicher seid. Solange ihr nicht ganz sicher wißt, was geschehen soll. Nicht ganz sicher, ob es nicht besser wäre, die Dinge zu lassen, wie sie sind, als eine Veränderung zu wagen. Nicht ganz sicher, ob die Ungerechtigkeit auch so ungerecht sei, wie ihr meintet, oder ob die Gerechtigkeit auch so gerecht sei, wie ihr glaubtet. Solange wird jeder Mensch fortfahren gegen jeden andern zu sein, statt daß jeder für den anderen wäre. Einen Mittelweg gibt es nicht. Dies ist das Gesetz des Lebens. Das Gesetz eures Willens, das nur durch ein anderes, das ihr vorbereiten und einführen müßt, ersetzt werden kann. Die ganze Welt des Rechts wartet unterdessen geduldig auf eure persönliche Welt des Unrechts. Harrt. Lauscht auf euren Befehl. Erwartet sonst keine Befehle. Denn sie weiß, daß sie keinem anderen zu folgen braucht.

Ihr, die Arbeiter. Ihr, die Schöpfer. Ihr die Erbauer. Ihr hofft, daß irgendein Mensch oder irgendeine Macht außer euch die soziale Gerechtigkeit herstellen werde. Ihr seht euch nach Wundern um, nach Wohltätern, nach dem guten Menschen, nach der guten Partei. Hört nur auf. Verschwendet keine Sehkraft mehr. Alles, wonach ihr euch umschaut, liegt in euch selbst. Alle Gerechtigkeit. Alle Wunder. Alles Wohltun. Ihr werdet eure eignen guten Menschen sein. Ihr werdet eure eigne gute Partei bilden. Wenn ihr acht Stunden wollt, werdet ihr sie bekommen. Sie werden euch nicht von andern geschenkt. Ihr werdet sie euch selbst schenken. Wenn ihr auf der Einführung des kooperativen Systems besteht, so wird es kommen. Niemand wird es euch auf dem Präsentierteller bringen. Es wird euch nicht als Legat testamentarisch vermacht. Es wird aus eurem eigenen Herzen hervorgehen. Aus eurer eigenen Einsicht. Aus eurem eigenen Willen.

Die Welt ist euer, ihr, die ihr die Arbeiter der Welt seid, ihr, die ihr das Gut und Bös der Welt verbessert oder verschlimmert. Wann werdet ihr eure Ansprüche erheben? Die Kasten werden euer Recht nicht für euch vertreten. Ihr müßt es selbst tun. Wenn euer Wille endlich zum Wollen gelangt ist, wird euer Wille geschehen. Ich meine nicht eine kleine Anzahl von euch; sondern euch in der Gesamtheit. Die Gesamtheit von euch, die ihr arbeitet. Die Gesamtheit von euch, die ihr aufbaut. Die Gesamtheit von euch, die ihr die reinlichen wie die schmutzigen Arbeiten der Welt tut. Die ihr den Gefahren der Welt besonders ausgesetzt seid. Die ihr für die Welt lebt und für die Welt sterbt. Das Feld liegt vor euch ausgebreitet. Werdet ihr ernten? Oder werdet ihr immer ohne Widerspruch zuschauen, wie von fremden Händen geerntet wird? Die weiten Aecker sind euer. Die versperrte Aussicht bietet die Fülle, die ihr die ersten und die letzten Opfer treuen Dienstes dargebracht habt. Ich sage nicht: Nehmt sie euch mit Gewalt. Ich sage: Laßt sie euch nicht mit Gewalt wegnehmen. Ich behaupte nicht, daß ihr ein Recht hättet, sie für einige wenige zu nehmen. Ihr habt nur ein Recht. Das Recht, sie für alle zu nehmen.

Es ist nicht die Sache des Gravitationsgesetzes, zu handeln. Noch die Sache des Gesetzes von der Fortdauer des Tauglichsten. Noch die Sache von Wohltätern, oder Kirchen, oder Universitäten, oder Armenkomitees, oder Vermittlern und Beschützern irgendwelcher Art. Eure Sache ist es zu handeln. Ihr seid die Gravitation. Ihr seid die Tauglichen. Ihr werdet so lange noch weiter denken und weiter straucheln und weiter verzweifeln und weiter fluchen, bis ihr endlich bereit seid. Dann werdet ihr einen letzten Kriegsrat abhalten. Den letzten Kriegsrat, der zugleich die erste Friedensversammlung sein wird. Dann werdet ihr eure Befehle erlassen. Befehle, gebietend durch ihr Gewicht und ihren Inhalt. Kein Mensch, keine Macht wird daran denken, den Gehorsam zu weigern. Ungehorsam wird den Tod bedeuten. Es werden Befehle der Liebe sein. Befehle der Kommune. Heute gibt es Mein und Dein. Und es herrscht Krieg. Morgen gibt es kein Mein und Dein mehr. Und es herrscht Friede. Die Welt wird nicht mehr über Besitzrechte streiten. Sie wird das Besitzrecht zerstören. Die Kasten waren imstande, Kasten zu bleiben, weil ihr unfähig wart, eine Klasse zu werden. Ihr Arbeiter, die herrschenden Diener, die dienenden Herrscher der brüderlichen Erde. Während ihr wartend euch sorgtet und fragtet, was ihr tun dürftet und wolltet, haben die Kasten die formellen Rechte der Auserwählten eifrig besorgt. Doch das Recht des Widerrufs war stets in euren Händen. Jederzeit hättet ihr der Ausbeutung eures Leibes ein Ziel setzen können. Aber ihr wart unentschlossen. Ihr wußtet und wagtet nur halb. Die ewigen Gesetze sind bereit, euch zu helfen. Sie werden ihre ganze Macht für euch einlegen. Ihr braucht euch nur zu entschließen. Nichts kann euch entgegenstehen, wenn ihr einmal selbst für euch einsteht. Alles ist für euch bereit. Fremde Unterstützung ist nicht nötig. Mit euch selbst, mit eurem Innern habt ihr zu schaffen. Mit eurem eigenen Zweifel, eurer eigenen Energie habt ihr zu kämpfen. Es gibt nirgends eine feindliche Gewalt, deren Wesen auch nur den Rand eures Wollens zu beschatten vermöchte. Wenn ihr, die Arbeiter, euch zur Tat entschließt. Wenn ihr soziale Gerechtigkeit wollt; Gemeinschaften statt Kasten und Klassen. Wenn ihr die Forderung stellt, daß ihr nichts besitzt, aber das Recht habt, alles zu gebrauchen. Wenn ihr den Grundbesitz einzieht und die Läden und alles Eigentum in jeglicher Form. Zieht alles ein, nachdem es so lange ausstand. Zieht es an euch. Wenn ihr, die herrschenden Diener, die dienenden Herrscher, euch zur Tat entschließt.

Horace Traubel.



## Für unsere Frauen.

### Die Frauen in der Krankenversicherung.

In welch rapider Weise die Erwerbstätigkeit der Frauen gewachsen ist, zeigt die Statistik der Krankenversicherung. Bei allen Krankenkassen des Deutschen Reiches stieg von 1885 auf 1911 die Zahl der männlichen Mitglieder von 3¼ auf 9¾ Millionen, das ist mehr als das 2½fache. Von 1907 auf 1911 beträgt die Steigerung 811 675 Mitglieder oder 9 Prozent. Dahingegen wuchs die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder in dem Gesamtzeitraum von 1885 auf 1911 von ¼ Millionen auf 3,8 Millionen oder das Fünffache. Das Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder war in den letzten Jahren besonders groß; seit 1907 beträgt die Zunahme 608 407 oder 22 Prozent. Damit verschob sich das Zahlenverhältnis von männlichen zu weiblichen Mitgliedern erheblich zugunsten der letzteren. Auf 100 männliche Mitglieder entfielen 1885 22,2 weibliche, 1907 35,3 und 1911 39,2. Am größten ist die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gemeindekrankenversicherungen, die nur auf dem Lande anzutreffen sind. Bei diesen kommen auf 100 männliche Mitglieder 56,8 weibliche. Auf je 1000 weibliche Einwohner entfielen im Jahre 1911 116 gegen Krankheit versicherte Frauen. Die Ziffer ist natürlich nicht im ganzen Gebiet des Deutschen Reiches die gleiche. Es kamen auf 1000 weibliche Personen überhaupt weibliche Krankenkassenmitglieder: in Berlin 324, Königreich Sachsen 232, Braunschweig 206, Baden 185, Anhalt 165, Bayern 111, Württemberg 99, Schlesien 84, Pommern 54, Mecklenburg 39, Westpreußen 36, Posen 26, Schaumburg-Lippe 18. Da die Reichsversicherung alle gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen der Krankenversicherungspflicht unterwirft, also auch die Landarbeiter, und vor allem die häuslichen Dienstboten, wird in Zukunft die Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder sich noch weit mehr steigern.

### Stotternde Kinder.

Das Stottern ist eine Art Sprachangst, die von einer Zwangsvorstellung ausgeht. Ihre Grundlage ist Nervosität. Die Ursache des Stotterns liegt also nicht, wie man früher glaubte, in einem zu kurzen Zungenbändchen oder zu starker Zungenwurzel, in zu reichlichem Gehirnwasser oder in einem Krampf der Atmungsorgane, sondern im Zentralnervensystem, im Gehirn. Natürlich kann es vorkommen, daß Mißbildung des Gaumens, der Zunge, der Zahnreihen usw., also organische Fehler und Leiden, irgendwelche Sprechstörungen hervorrufen, aber diese Fälle sind zunächst selten und haben mit dem eigentlichen Stottern nichts zu tun. Beim Stottern bildet immer Nervosität die Voraussetzung; sie kann ererbt oder erworben sein, letzteres besonders durch Kinderkrankheiten (Diphtherie, Scharlach, Masern, Keuchhusten, Lungenentzündung), durch Träumen (Verletzungen des Nervenapparats, Gehirnerschütterung, Stoß, Fall), durch Alkoholmißbrauch, Onanie und anderes.

Da sich Nervosität vererben läßt, kann auch Stottern erblich sein. Viele Stotterer haben Eltern, die ebenfalls stottern oder in jüngeren Jahren einen Sprachfehler hatten. Manchmal setzt das Leiden Generationen aus oder taucht in Seitenlinien der Verwandtschaft auf. Nach Coen sind 11 Prozent, nach Liebmann 25 Prozent, nach Denhardt sogar 77,5 Prozent aller Stotterer erblich belastet.

Erworben wird das Stottern häufig durch einen Schreck, einen Sturz, einen Unfall, auch durch Stöße in den Rücken, Schläge auf den Kopf usw. In all diesen Fällen liegt das sogenannte traumatische Stottern vor, d. h. irgend eine Verletzung des Nervensystems hat zu einer sprechlichen Funktionsstörung geführt, die, sobald sie von dem Betroffenen erkannt wird, sich zum Stottern entwickelt.

In wie hohem Maße Kinderkrankheiten durch Erzeugung von Nervosität das Stottern hervorrufen, dafür hat Gutzmann Nachweise erbracht. Er fand bei 300 Stotterern als Ursache Diphtherie in 6 Prozent, schwere Masern in 4,6 Prozent, Scharlach in 1,8 Prozent, Influenza in 1 Prozent und Typhus in 0,3 Prozent der Fälle; Scharr stellte bei 8 von 17 Fällen Keuchhusten als Ursache fest. Etwa 30 Prozent aller stotternden Schulkinder haben vergrößerte Nachenmandeln und 70—80 Prozent atmen falsch oder ungenügend.

Eine erhebliche Prädisposition für die Erwerbung des Stotterns wird auch durch Rhachitis und Skrofulose, die Krankheiten der feuchten Kellerwohnungen und lichtarmen Hinterhäuser, geschaffen; Klencke meint sogar, daß das Stottern eine Symptom- und Reflexerscheinung offenen oder versteckten Skrofelleidens sei, und Coen stimmt ihm bei. Noch weiter geht Berkhan, der die Rhachitis als Hauptursache des Stotterns bezeichnet und dies ein Leiden der ärmeren Bevölkerung nennt.

Wohlgemerkt: nie sind Krankheiten oder Verletzungen die direkte Ursachen zum Stottern, sie schaffen vielmehr nur die Disposition, die geeignete psychische Grundlage, auf der das Stottern entstehen kann.

In den allermeisten Fällen entwickelt sich das Stottern daraus, daß der Sprechende ohne seine Absicht beim Sprechen stecken bleibt — gleichgültig, ob infolge eines Stoßes, Schlages, Schrecks oder infolge von Angst, Verlegenheit, Zorn, Ueberhastung oder Ermüdung. Er bleibt stecken und das beunruhigt ihn. Vielleicht zunächst nur einen Augenblick. Gelegentlich passiert ihm dies wieder. Aufs neue wird er unruhig, jetzt schon stärker. Er sagt sich: Was ist das? Du hast doch sonst dergleichen nicht bemerkt. Nimm dich zusammen! — Nun fängt er an, nervös zu werden. Er wartet darauf, zeigen zu können, daß er glatt und ohne Störung sprechen kann. Da — bei der Unruhe und Aufregung — bleibt ihm ein drittes Mal, vielleicht bei demselben Laut oder Wort, die Sprache weg. Nun ist er geliefert. Jetzt redet er sich ein, daß er kein S oder M sprechen oder nicht Quarck oder Lolle sagen könne. Er übt und probiert, es geht vortrefflich, solange er allein ist; soll er aber vor anderen, in Gesellschaft, in der Schule die Worte sprechen, so befällt ihn die Angst, daß es mißlingen könnte, er zaudert und zittert, die Kehle ist ihm wie wie zugeschnürt, er hat Herzklopfen — und es mißlingt. Nun wird seine Stimmung immer gedrückter, er verzweifelt und macht sich Vorwürfe; du stotterst sagt er